

Substanzielles Protokoll 118. Sitzung des Gemeinderats von Zürich

Mittwoch, 28. März 2012, 17.00 Uhr bis 20.26 Uhr, im Rathaus

Vorsitz: Präsident Joe A. Manser (SP)

Beschlussprotokoll: Sekretär Christian Aeschbach (FDP)

Substanzielles Protokoll: Isabelle Ryf

Anwesend: 121 Mitglieder

Abwesend: Marlène Butz (SP), Sven Oliver Dogwiler (SVP), Tamara Lauber (FDP), Karin Rykart Sutter (Grüne)

Der Rat behandelt aus der vom Präsidenten erlassenen, separat gedruckten Tagliste folgende Geschäfte:

- | | | | |
|----|--------------------------|---|-----------|
| 1. | | Mitteilungen | |
| 2. | 2010/167 | RPK, Ersatzwahl eines Mitglieds anstelle der zurückgetretenen Monika Erfigen (SVP) für den Rest der Amtsdauer 2010-2014 | |
| 3. | 2012/88 | * Weisung vom 14.03.2012: Tiefbauamt, Baulinienrevision im Quartier Schwamendingen, Kreis 12, Anpassung der Baulinien an die Richtplanung und die Parzellierung des öffentlichen Grundes, Festsetzung | VTE |
| 4. | 2012/114 | * Weisung vom 21.03.2012: Immobilien-Bewirtschaftung, Stauffacherstrasse 45, Miete, Ausbau und Einrichtung von Räumen für die Kindes- und Erwachsenenschutzbehörde, Objektkredit | VHB VS |
| 5. | 2012/100 | * Postulat von Cäcilia Hänni-Etter (FDP) und Markus Hungerbühler (CVP) vom 14.03.2012: Goldbrunnenplatz, attraktive Gestaltung ohne Beeinträchtigung der Verkehrsflächen für die verschiedenen Verkehrsteilnehmenden | VTE |
| 6. | 2012/101 | * Postulat von Cäcilia Hänni-Etter (FDP) und Isabel Garcia (GLP) vom 14.03.2012: Goldbrunnenplatz, Installation eines Wetterschutzdaches bei der Haltestelle des Busses 32 Richtung Strassenverkehrsamt | VIB |
| 7. | 2012/95 | * Motion der AL-Fraktion vom 14.03.2012: Bau eines Schulhauses im Gebiet Letzi Mitte (Zollfreilager) | - |

- | | | | | |
|-----|--------------------------|--------|--|-----|
| 8. | 2012/96 | * | Motion der AL-Fraktion vom 14.03.2012: Bau eines Schulhauses im Entwicklungsgebiet Manegg | - |
| 9. | 2012/97 | * | Motion der AL-Fraktion vom 14.03.2012: Bau eines Schulhauses im Entwicklungsgebiet Leutschenbach/ Thurgauerstrasse | - |
| 10. | 2012/103 | * A | Postulat von Simon Kälin (Grüne), Marlène Butz (SP) und 25 Mitunterzeichnenden vom 14.03.2012: Sicherung des Fortbestands der Voliere am Mythenquai sowie Abgeltung der von den Volieren Mythenquai und Seebach er- brachten Dienstleistungen mittels Vergabe von Leistungsaufträ- gen an die Trägervereine | VTE |
| 11. | 2012/87 | | Geschäftsordnung des Gemeinderats (GeschO GR), Änderung von Art. 38 | - |
| 12. | 2009/363 | | Weisung 405 vom 19.08.2009: Motion von Peter Püntener (FDP), Gerold Lauber (CVP) und 25 Mitunterzeichnenden betreffend Lärmschutzverordnung, Totalre- vision, Antrag auf Abschreibung | PV |
| 14. | 2011/402 | | Weisung vom 02.11.2011: Immobilien-Bewirtschaftung, Morgartenstrasse 29, 8004 Zürich, Miete, Ausbau und Einrichtung von Räumen für die Stadtverwaltung, Objektkredit | VHB |
| 15. | 2011/293 | A/P | Dringliche Motion der Fraktionen SP, Grüne und GLP vom 13.07.2011: Erarbeitung einer verbindlichen Strategie für einen Atomausstieg bis zum Jahr 2034 | VIB |
| 16. | 2011/473 | A/P | Dringliche Motion der SP-, Grüne- und GLP-Fraktion vom 07.12.2011: Elektrizitätswerk der Stadt Zürich (ewz), Einführung von Strom- spartarifen im Rahmen der nächsten Tarifrevision | VIB |
| 17. | 2011/474 | A | Dringliche Motion der SP-, Grüne- und GLP-Fraktion vom 07.12.2011: Elektrizitätswerk der Stadt Zürich (ewz), stetig ansteigender An- teil aus erneuerbarer Energieproduktion bei allen angebotenen Stromprodukten | VIB |
| 18. | 2011/472 | A | Dringliche Motion von Bernhard Piller (Grüne) und Helen Glaser (SP) vom 07.12.2011: Elektrizitätswerk der Stadt Zürich (ewz), Verpflichtung zu einer jährlichen Stromeinsparung von 1% pro Jahr auf der Basis des Referenzjahres 2012 | VIB |

* Keine materielle Behandlung

Mitteilungen

Der Ratspräsident Joe A. Manser (SP) gibt die Absetzung von TOP 13, GR-Nr. 2011/103, «Weisung vom 06.04.2011: Tiefbauamt, neue Strassenverbindung Neufrankengasse, Projektierungskredit, Abschreibung» von der heutigen Tagliste bekannt. Das Geschäft wird in einer nächsten Sitzung zusammen mit der Dringlichen Motion GR-Nr. 2011/475 behandelt.

An der nachfolgenden Fraktionserklärung werden keine sprachlichen Korrekturen vorgenommen.

2502. 2012/129

Erklärung der Grüne-Fraktion vom 28.03.2012: Petition zum Verzicht der ETH Zürich auf Atomstrom

Namens der Grüne-Fraktion verliest Simon Kälin (Grüne) folgende Fraktionserklärung:

Bevölkerung unterstützt Verzicht auf Atomstrom an der ETH

Die studentische Arbeitsgruppe für erneuerbare Energien an der ETH Zürich „eth.erneuerbar“ übergab am Montag die im Oktober lancierte Petition für eine atomstromfreie Energieversorgung der ETH mit 4'175 Unterschriften an den Vizepräsidenten des ETH-Rats. Dies ist ein bedeutsames und erfreuliches Zeichen für eine Zukunft ohne Atomstrom - und ein deutlicher Denkkzettel für den ETH-Präsidenten und Atomkopf, Hr. Ralph Eichler.

Die Petition fordert einen Wechsel des Stromabos der ETH und verlangt, dass die Hochschule ihren Strom wieder über ein Abo der Zürcher Elektrizitätswerke bezieht, mit dem erneuerbare Energie gefördert wird. Von 2006 bis Ende 2010 hatte die ETH ein solches Abonnement. Mit einem einsamen Entscheid der ETH-Leitung erfolgte dann mit dem Kostenargument ein Wechsel auf das „Mixpower“- bzw. „Atommixpower“-Angebot der EWZ. Dieses setzt bekanntlich auf konventionelle Stromquellen: Atomkraftwerke, nicht zertifizierte Wasserkraftwerke und Kehrlichtverbrennungsanlagen. Engagierte Studentinnen und Studenten wollten diesen Wechsel zum dreckigen Strom ihrer Hochschule nicht einfach so hinnehmen. Sie lancierten im vergangenen Herbst die Diskussion mit der Petition auf breiterer Basis. Erfreulicherweise zeigten sich grosse Kreise der Zürcher Bevölkerung mit ihrer Unterschrift solidarisch mit diesem Anliegen.

Auch der Bundesrat hat nunmehr bestätigt, dass eine Institution mit der Bedeutung der ETH eine besondere Verantwortung trägt für die Energiezukunft der Schweiz. Der ETH als einer der weltweit führenden, technischen Hochschulen kommt auch eine besondere Vorbildfunktion für die Schweiz zu. Wer führend sein will in Sachen Nachhaltigkeit und sich an der Weltspitze positionieren will in Sachen Nachhaltigkeitsforschung, der muss sich zuallererst an seinem eigenen Verhalten messen lassen. Für viele Menschen stellt die Abkehr von erneuerbarem Strom und der Bezug eines Atomstromprodukts einen Bruch der Hochschule mit den eigenen Nachhaltigkeitsrichtlinien dar. Dies gefährdet ganz direkt den hervorragenden Ruf des Polytechnikums. Nach den Ereignissen und Erfahrungen von Tschernobyl und jetzt Fukushima sollte nicht mehr möglich und erlaubt sein, was bis anhin Gang und Gäbe war. Die Leitung der ETH ist nunmehr aufgefordert, die notwendigen Konsequenzen zu ziehen und zu handeln.

Zürich und wir Grünen packen die Zukunft an, mit der Zielvorstellung der 2000 W-Gesellschaft, mit Energieeffizienz und erneuerbaren Energien. Und mit viel sportlichem Ehrgeiz!

G e s c h ä f t e

2503. 2010/167

RPK, Ersatzwahl eines Mitglieds anstelle der zurückgetretenen Monika Erfigen (SVP) für den Rest der Amtsdauer 2010-2014

Es wird gewählt:

Dr. Daniel Regli (SVP)

Mitteilung an den Stadtrat und an den Gewählten

2504. 2012/88

Weisung vom 14.03.2012:

Tiefbauamt, Baulinienrevision im Quartier Schwamendingen, Kreis 12, Anpassung der Baulinien an die Richtplanung und die Parzellierung des öffentlichen Grundes, Festsetzung

Zuweisung an die SK PD/V gemäss Beschluss des Büros vom 26. März 2012

2505. 2012/114

Weisung vom 21.03.2012:

Immobilien-Bewirtschaftung, Stauffacherstrasse 45, Miete, Ausbau und Einrichtung von Räumen für die Kindes- und Erwachsenenschutzbehörde, Objektkredit

Zuweisung an die SK HBD/SE gemäss Beschluss des Büros vom 26. März 2012

2506. 2012/100

Postulat von Cäcilia Hänni-Etter (FDP) und Markus Hungerbühler (CVP) vom 14.03.2012:

Goldbrunnenplatz, attraktive Gestaltung ohne Beeinträchtigung der Verkehrsflächen für die verschiedenen Verkehrsteilnehmenden

Gemäss schriftlicher Mitteilung ist die Vorsteherin des Tiefbau- und Entsorgungsdepartements namens des Stadtrats bereit, das Postulat zur Prüfung entgegenzunehmen.

Namens der Grüne-Fraktion stellt Markus Knauss (Grüne) den Ablehnungsantrag.

Damit ist das Geschäft vertagt.

Mitteilung an den Stadtrat

2507. 2012/101

**Postulat von Cécilia Hänni-Etter (FDP) und Isabel Garcia (GLP) vom 14.03.2012:
Goldbrunnenplatz, Installation eines Wetterschutzdaches bei der Haltestelle des
Busses 32 Richtung Strassenverkehrsamt**

Gemäss schriftlicher Mitteilung ist der Vorsteher des Departements der Industriellen Betriebe namens des Stadtrats bereit, das Postulat zur Prüfung entgegenzunehmen.

Es wird weder ein Ablehnungs- noch ein Textänderungsantrag gestellt.

Damit ist das Postulat dem Stadtrat zur Prüfung überwiesen.

Mitteilung an den Stadtrat

2508. 2012/95

**Motion der AL-Fraktion vom 14.03.2012:
Bau eines Schulhauses im Gebiet Letzi Mitte (Zollfreilager)**

Beschlussfassung über den Antrag auf Dringlichkeit von Walter Angst (AL) vom 21. März 2012 (vergleiche Protokoll-Nr. 2469/2012)

Die Dringlicherklärung wird von 77 Ratsmitgliedern unterstützt, womit das Quorum (63 Stimmen = Mehrheit der Ratsmitglieder gemäss Art. 88 Abs. 2 GeschO GR) erreicht ist.

Mitteilung an den Stadtrat

2509. 2012/96

**Motion der AL-Fraktion vom 14.03.2012:
Bau eines Schulhauses im Entwicklungsgebiet Manegg**

Beschlussfassung über den Antrag auf Dringlichkeit von Walter Angst (AL) vom 21. März 2012 (vergleiche Protokoll-Nr. 2470/2012)

Die Dringlicherklärung wird von 78 Ratsmitgliedern unterstützt, womit das Quorum (63 Stimmen = Mehrheit der Ratsmitglieder gemäss Art. 88 Abs. 2 GeschO GR) erreicht ist.

Mitteilung an den Stadtrat

2510. 2012/97

**Motion der AL-Fraktion vom 14.03.2012:
Bau eines Schulhauses im Entwicklungsgebiet Leutschenbach/Thurgauerstrasse**

Beschlussfassung über den Antrag auf Dringlichkeit von Walter Angst (AL) vom 21. März 2012 (vergleiche Protokoll-Nr. 2471/2012)

Die Dringlicherklärung wird von 79 Ratsmitgliedern unterstützt, womit das Quorum (63 Stimmen = Mehrheit der Ratsmitglieder gemäss Art. 88 Abs. 2 GeschO GR) erreicht ist.

Mitteilung an den Stadtrat

2511. 2012/103

Postulat von Simon Kälin (Grüne), Marlène Butz (SP) und 25 Mitunterzeichnenden vom 14.03.2012:

Sicherung des Fortbestands der Voliere am Mythenquai sowie Abgeltung der von den Volieren Mythenquai und Seebach erbrachten Dienstleistungen mittels Vergabe von Leistungsaufträgen an die Trägervereine

Beschlussfassung über den Antrag auf Dringlichkeit von Simon Kälin (Grüne) vom 21. März 2012 (vergleiche Protokoll-Nr. 2472/2012)

Die Dringlicherklärung wird von 61 Ratsmitgliedern unterstützt, womit das Quorum (63 Stimmen = Mehrheit der Ratsmitglieder gemäss Art. 88 Abs. 2 GeschO GR) nicht erreicht ist.

Mitteilung an den Stadtrat

2512. 2012/87

Geschäftsordnung des Gemeinderats (GeschO GR), Änderung von Art. 38

Redaktionslesung

Die Redaktionskommission (RedK) beantragt einstimmig Zustimmung zur redaktionellen Bereinigung des Gemeinderatsbeschlusses Nr. 2480 vom 21. März 2012:

Zustimmung: Präsident Mark Richli (SP), Referent; Ruth Anhorn (SVP), Irene Bernhard (GLP), Christina Hug (Grüne), Min Li Marti (SP), Dr. Ueli Nagel (Grüne), Karin Weyermann (CVP)

Der Präsident der Redaktionskommission begründet die Anträge der Redaktionskommission.

Mark Richli (SP): Die Redaktionskommission hat keine Änderungen vorgenommen und bittet Sie um Kenntnisnahme.

Es werden keine Anträge aus dem Rat gestellt.

Der Rat stimmt dem bereinigten Antrag der RedK stillschweigend zu.

Schlussabstimmung

Das Büro des Gemeinderats beantragt einstimmig Zustimmung zur Änderung von Art. 38 der Geschäftsordnung des Gemeinderats (GeschO GR) gemäss Kommissionsantrag vom 12. März 2012.

Zustimmung: Mark Richli (SP), Referent; Präsident Joe A. Manser (SP), 1. Vizepräsident Albert Leiser (FDP), Christina Hug (Grüne), Markus Hungerbühler (CVP), Min Li Marti (SP), Alecs Recher (AL), Mauro Tuena (SVP), Gian von Planta (GLP)

Abwesend: 2. Vizepräsident Martin Abele (Grüne)

Ohne Stimmrecht: Christian Aeschbach (FDP), Dr. Arthur Bernet (SVP), Verena Röllin (SP)

Der Rat stimmt dem Antrag des Büros mit 116 gegen 0 Stimmen zu.

Damit ist beschlossen:

Die Geschäftsordnung des Gemeinderats (GeschO GR) wird wie folgt geändert:

Der Gemeinderat erlässt, gestützt auf Art. 26 Abs. 1 der Gemeindeordnung, folgende Änderungen zur Geschäftsordnung des Gemeinderats (GeschO GR):

Art. 38 Schlussabstimmung

¹Eine Vorlage ist einer Schlussabstimmung zu unterstellen, wenn der Rat bei der Behandlung über einzelne Dispositivziffern abgestimmt hat, die nach dem Grundsatz der Einheit der Materie miteinander verbunden sind.

²Betreffen die Dispositivziffern einer Vorlage unterschiedliche Zuständigkeiten, findet keine Schlussabstimmung statt.

³Die Überweisung von Erlassen an die Redaktionskommission gemäss Art. 64 erfolgt nach der Detailberatung. Nach der Prüfung des Erlasses durch die Redaktionskommission führt der Gemeinderat die Redaktionslesung durch. Die Schlussabstimmung findet nach der Redaktionslesung statt.

Mitteilung an den Stadtrat und amtliche Publikation am 4. April 2012 gemäss Art. 12 der Gemeindeordnung (Ablauf der Referendumsfrist: 3. Mai 2012)

2513. 2009/363

Weisung 405 vom 19.08.2009:

Motion von Peter Püntener (FDP), Gerold Lauber (CVP) und 25 Mitunterzeichnenden betreffend Lärmschutzverordnung, Totalrevision, Antrag auf Abschreibung

Antrag des Stadtrats

Die Motion, GR Nr. 2005/449, wird als erledigt abgeschrieben.

Kommissionsreferent:

Markus Knauss (Grüne): *Die Forderung der Motionäre nach mehr Flexibilität für private Baustellen während der Nachtzeit hat sich insofern erledigt, als alte Lärmschutzbestimmungen in die neue allgemeine Polizeiverordnung integriert wurden. Der Umgang mit dem Lärm wurde ausgiebig diskutiert, und die Kommission ist sich einig, dass der Giftschrank bezüglich Lärmschutzzeiten nicht wieder geöffnet werden sollte. Die Kommission beantragt einstimmig Kenntnisnahme des Berichts des Stadtrats und Abschreibung der Motion.*

Schlussabstimmung

Die SK PD/V beantragt Zustimmung zum Antrag des Stadtrats.

Zustimmung: Präsident Markus Knauss (Grüne), Referent; Vizepräsident Mauro Tuena (SVP), Marianne Aubert (SP), Marc Bourgeois (FDP), Simone Brander (SP), Peider Filli (Grüne), Kurt Hüsey (SVP), Hans Jörg Käppli (SP), Alecs Recher (AL), Alan David Sangines (SP), Roland Scheck (SVP), Guido Trevisan (GLP), Ursula Uttinger (FDP) i.V. von Roger Tognella (FDP)

Der Rat stimmt dem Antrag der SK PD/V mit 118 gegen 0 Stimmen zu.

Damit ist in Übereinstimmung mit dem Stadtrat beschlossen:

Die Motion, GR Nr. 2005/449, wird als erledigt abgeschrieben.

Mitteilung an den Stadtrat und amtliche Publikation am 4. April 2012 gemäss Art. 12 der Gemeindeordnung

2514. 2011/402

Weisung vom 02.11.2011:

Immobilien-Bewirtschaftung, Morgartenstrasse 29, 8004 Zürich, Miete, Ausbau und Einrichtung von Räumen für die Stadtverwaltung, Objektkredit

Antrag des Stadtrats

1. Dem Mietvertrag mit Conzett + Huber, Liegenschaften + Beteiligungen, über 2959 m² Büro- und Archivfläche sowie einen Abstellplatz für Zwecke der Verwaltung in der Liegenschaft Morgartenstrasse 29, 8004 Zürich, zu einem Nettomietzins von total Fr. 736 241.–, zuzüglich Nebenkosten akonto von Fr. 54 000.–, ab 1. April 2012 mit einer festen Dauer bis 31. März 2022 und zwei Optionen für einmal zehn und einmal fünf Jahre, wird zugestimmt.
2. Für den Ausbau und die Einrichtung der Räume an der Morgartenstrasse 29, 8004 Zürich, für die Zwecke der Stadtverwaltung wird ein Objektkredit von Fr. 3 500 000.– bewilligt. Die Kreditsumme erhöht oder vermindert sich entsprechend der Änderung des Baukostenindex zwischen der Aufstellung der Kostenschätzung (Preisstand 1. April 2011) und der Bauausführung.

Kommissionsmehrheit/-minderheit:

Patrick Hadi Huber (SP): Die Hochbaukommission hat die Weisung intensiv geprüft und vor allem betreffend die Kosten genaue Aufschlüsselungen verlangt. So haben wir Aufstellungen über Kosten von Büroarbeitsplätzen erhalten und erfahren, welche ergonomischen Ansprüche an einen Büroarbeitsplatz gestellt werden. Weiter haben wir Informationen zur Budgetierung von handwerklichen Arbeiten sowie zum Umgang mit Reserven erhalten. Instandsetzungsarbeiten fallen erfahrungsgemäss höher aus als beim Einzug in einen Neubau. Wir haben erfahren, dass ein Objektkredit im Rahmen einer Expressarbeit auf Basis von Kennzahlen und Erfahrungswerten errechnet wird. Es handelt sich also um Kostenschätzungen. Vor der Bewilligung eines solchen Objektkredits durch den Gemeinderat können keine exakten Offerten eingeholt werden, da diese bereits mit Kosten verbunden wären. Erfahrungsgemäss entstehen unter anderem beim Entfernen von Bodenbelägen und beim korrekten Instandsetzen von Mauer- und Malerwerk Unvorhersehbarkeiten und somit auch Kosten. Genau diese sind bereits vorgesehen, um Nachtragskrediten und verzögernd wirkenden Diskussionen im Gemeinderat vorzubeugen. Die SVP beantragt nun eine Kürzung des Objektkredits um 10 Prozent. In der sehr detaillierten und ausführlichen Diskussion über die einzelnen Budgetposten konnte aber nicht aufgezeigt werden, wo und wie die 350 000 Franken eingespart werden könnten. Einfach die Reserve zu kürzen, wäre nicht sinnvoll. Die Kommissionsmehrheit beantragt deshalb, den Dispositivänderungsantrag der SVP abzulehnen und der Weisung des Stadtrats in unveränderter Form zuzustimmen.

Dr. Daniel Regli (SVP): Eine Kürzung um 350 000 Franken erachten wir als vernünftig und legitim. Wir bemängeln nicht den Ort oder die Mietkonditionen, sondern den angestrebten Ausbaustandard von überdurchschnittlichem Niveau. Die Räumlichkeiten wur-

den vorher von einer Bank genutzt und sind heute praktisch bezugsbereit. Gemäss Projektdokumentation sollen sich die Aufwendungen für Anpassungen und Mobiliar auf ein Minimum belaufen. Es ist aber fraglich, ob 3,5 Mio. Franken noch als ein Minimum gelten können. In der Kommission haben wir hartnäckig Fragen gestellt und herausgefunden, dass die Bodenbelagsarbeiten doppelt, und die Malerarbeiten dreimal übersteuert sind. Für die beiden Küchen müssen je 27 000 Franken gerechnet werden, weil der Kühlschrank 3 000 Franken kostet, die Spülmaschine 7 000 Franken, und die Kaffeemaschine 8 000 Franken. Diese Fakten lassen auf ein offensichtlich grosses Sparpotenzial schliessen. Das Mobiliar für die 100 Arbeitsplätze ist mit 1,1 Mio. Franken viel zu hoch veranschlagt. Ein Drittel der Büromöbel an der Strassburgstrasse 9, d. h. Möbel für 30 Arbeitsplätze, sind züri@work und könnten problemlos an die Morgartenstrasse 29 gezügelt werden. Die Direktorin der IMMO hat diesbezüglich übrigens eine Falschaussage gemacht. Die Grobkostenschätzung weist 650 000 Franken Unvorhergesehenes, Allfälliges und Ungenaues auf – aus unserer Sicht läuft etwas falsch, wenn in 3,5 Mio. Franken nicht irgendwo 350 000 Franken eingespart werden können. Wir empfehlen, die Kürzung anzunehmen oder die Weisung als Ganzes abzulehnen.

Weitere Wortmeldungen:

Heinz F. Steger (FDP): Die Planung von künftigen Belegungen und Rochaden hat man uns genauestens aufgezeigt. Aus diesem Grund erachten wir die Miete der Morgartenstrasse 29 grundsätzlich als richtig. Für Diskussionsstoff sorgen lediglich die Anlagekosten. Das Vorhaben, das gesamte Mobiliar zu erneuern und das Mobiliar der geräumten Büroflächen je nach Alter zu entsorgen oder für andere Büroflächen aufzufrischen, macht meiner Meinung nach Sinn. Den Antrag der SVP lehnen wir ab. Immerhin finden an der Morgartenstrasse 106 Arbeitsplätze Platz. Das Abgebot der Einkaufspreise der Büromöbel unter Geheimhaltung hat aufgezeigt, dass die Stadt zu sehr vorteilhaften Konditionen einkauft – zum Nachteil der Margen des Herstellers sind die Konditionen vielleicht sogar zu gut. Es geht zu weit, wenn wir uns hier über den Kaufpreis eines Kühlschranks aufhalten, schliesslich handelt es sich nicht um eine kleine Wohnungsküche, sondern schon fast um eine gewerbliche Küche, in der nun einmal robustere Geräte stehen. Der Malerpreis beinhaltet im Sinne einer Kostenschätzung übrigens nicht nur das Malen, sondern auch eine Annahme für das Abschleifen, Ablaugen usw.

Mario Mariani (CVP): Die CVP kann sich für die ganze Weisung nur lauwarm begeistern. Aus unserer Sicht fehlt noch immer eine Strategie für diejenigen Dienststellen, die nicht zwingend auf einen Standort in der Innenstadt angewiesen sind. Zähneknirschend werden wir der Weisung trotzdem zustimmen und den Änderungsantrag der SVP ablehnen. Würde die Reserve gekürzt, müsste möglicherweise ein Nachtragskredit bewilligt werden, was sicher nicht im Sinne der SVP wäre.

Dr. Richard Wolff (AL): Die AL ist aus grundsätzlichen Überlegungen gegen die Weisung. Uns geht es um die Frage der Stadtentwicklung. Rund um das Werdhochhaus soll kein weiterer Cluster von Verwaltungseinheiten eingerichtet werden. Uns fehlt eine langfristige Liegenschaftenstrategie. Wir finden es falsch, dass sich die Verwaltung peu à peu immer weiter im Quartier ausdehnt. Um andere Nutzungen nicht zu verdrängen, sollte man jetzt voranschreiten mit einer Dezentralisierung, indem nach neuen Orten ausserhalb des Stadtzentrums gesucht wird. Mit unserer Ablehnung wollen wir ein Zeichen für unsere Unzufriedenheit setzen. Der Antrag der SVP ist uns egal.

Markus Knauss (Grüne): züri@work ist eine kostengünstige Lösung. Die Grünen werden der Weisung zustimmen, sind aber ebenfalls besorgt über die verstreuten Standorte der Verwaltung. Uns fehlt eine Strategie bezüglich der Örtlichkeit zur Weiterentwicklung der städtischen Verwaltung. In den nächsten 10–15 Jahren fehlen der Verwaltung etwa

170 000 m² Nutzfläche. In diesem Zusammenhang möchten wir darauf hinweisen, dass in der Stadt noch andere grosse Verwaltungen untergebracht sind, die nicht unbedingt standortgebunden sind, z. B. die Kantonsverwaltung. Hier sehen wir ein Potenzial; die Stadt könnte vom Kanton Verwaltungsgebäude übernehmen.

Dr. Ann-Catherine Nabholz (GLP): Aus grünliberaler Sicht sind kurzfristige Fremdmieten vertretbar. Längerfristig gesehen sind sie aber sicher keine Lösung für den wachsenden Flächenbedarf. Fragen zu Mobiliarerneuerungskosten oder zu Umbaukosten finden wir gerechtfertigt. Die Dokumentenflut von Seiten der IMMO und aufgrund der Fragen der SVP sowie die Offerten vermochten weder die bestehende Skepsis abzuschwächen noch die Fragen wirklich zu beantworten. Wir gehen aber davon aus, dass die Erläuterungen zum Vorgehen bei der Mobiliarbeschaffung sowie die Erklärungen zur Lebensdauer die Kosten plausibel machen. Trotz vieler Fragen und trotz einer fehlenden Strategie stimmen wir der Weisung zu. Wir anerkennen den Raumbedarf und erachten die Nähe des Standorts zum Verwaltungszentrum nicht als problematisch; sie spricht vielmehr gerade für diese Fremdmiete.

Michael Baumer (FDP): Die mangelnde Strategie im Bereich Verwaltungszentren wurde bereits angesprochen. Am 15. Juni 2011 hat der Gemeinderat ein Postulat von Heinz F. Steger (FDP) und mir zur Zentralisierung der Verwaltung in einem neuen Verwaltungszentrum überwiesen. Uns ist natürlich klar, dass ein neues Verwaltungszentrum nicht innerhalb eines halben Jahres errichtet werden kann. Eine Zwischenlösung ist deshalb nötig. In diesem Sinn stimmen wir der Weisung als Zwischenlösung zu und hoffen, dass das überwiesene Postulat an die Hand genommen wird, damit uns baldmöglichst eine Strategie vorliegt. Im Zusammenhang mit der Küche wird übrigens insofern schweizerischer Perfektionismus betrieben, als die alte Küche aus feuerpolizeilichen Gründen verschoben werden muss.

Thomas Schwendener (SVP): Dass Expressbauten vielleicht ein bisschen teurer ausfallen, ist klar. Nachfragen bei Malerunternehmungen haben aber ergeben, dass der veranschlagte Quadratmeterpreis übertrieben hoch ist, selbst wenn das Ablaugen inbegriffen ist. Ausserdem könnte man durchaus günstigere Kühlschränke kaufen. 3,5 Mio. Franken sind grundsätzlich übertrieben für eine kurzfristige Miete. Wir täten gut daran, uns auf das Nötigste zu beschränken. Eine Kürzung um 10 Prozent ist realistisch.

Roger Liebi (SVP): In diesem Projekt bestehen nachweisbar Einsparmöglichkeiten. Und der Kanton könnte durchaus zur Entspannung der Raumsituation beitragen, indem er nämlich die Stadt auffordern würde, das ewige Personalwachstum einzudämmen. Von STR Martin Vollenwyder und von STP Corine Mauch erwarte ich, dass sie untersuchen, ob es wahr ist, dass ein SVP-Gemeinderat von einer Führungsperson aus der Gemeindeverwaltung zurechtgewiesen wurde, nur weil er Fragen zum Projekt gestellt hatte. Ich erwarte, dass die Mitglieder des Gemeinderats Fragen stellen dürfen, bevor sie ihre Stimme abgeben.

Mirella Wepf (SP): Ich möchte anmerken, dass der billigste Kühlschrank langfristig gesehen nicht unbedingt der günstigste ist. Die Stromkosten müssen mitkalkuliert werden. Aus einschlägigen Websites und der Medienberichterstattung zu diesem Thema geht hervor, dass sich gute A-, A+- oder A++-Geräte mit der Zeit amortisieren. Die Stadt hat sich in den Beschaffungsrichtlinien verpflichtet, Top Ten-Geräte zu beschaffen – und das ist gut so.

Mauro Tuena (SVP): In der Privatwirtschaft kann sich niemand Umbaukosten in der Höhe von 3,5 Mio. Franken leisten. Nur die Stadt Zürich leistet sich diesen Luxus.

Thomas Schwendener (SVP): *Energieeffiziente Geräte sind auf jeden Fall auch günstiger zu haben. Es hat mich gekränkt, als ich gefragt wurde, wie ich es angesichts meines Misstrauens gegenüber der Verwaltung noch vereinbaren könne, bei der Stadt zu arbeiten. Fakt ist, ich habe kein Misstrauen. Ich habe lediglich Fragen gestellt und werde auch in Zukunft wieder kritische Fragen stellen.*

Namens des Stadtrats nimmt der Vorsteher des Finanzdepartements – in Vertretung des Vorstehers des Hochbaudepartements – Stellung.

STR Martin Vollenwyder: *Wir müssen uns an die Submissionsverordnung halten und können deshalb keine Abgebotsrunden durchführen. Die SVP ist nicht konsequent, wenn sie einerseits Geräte, keine ausländischen notabene, und Dienstleistungen zu den günstigsten Preisen fordert und andererseits das Gewerbe und somit die Arbeitgeber gestärkt sehen möchte. Volles Verständnis habe ich für den Wunsch nach einem anständigen Umgangston. Der Stadtrat und die Verwaltung bemühen sich grundsätzlich um einen anständigen Ton. Fragen sollen korrekt, ausführlich und konsequent beantwortet werden. Nicht einverstanden bin ich hingegen mit dem Angriff auf die Clusterbildung. Es macht durchaus Sinn, dass die Verwaltung räumlich zusammenrückt. Die Miete ist daher vor allem auch sinnvoll wegen der kürzeren Wege. An der immer wieder geforderten Strategie arbeiten wir, indem wir uns z. B. nach einem Standort für ein neues Verwaltungsgebäude umsehen. Angesichts der Mindestanforderung von 10 000 – 20 000 m² Nutzfläche ist es schwierig, in nützlicher Frist eine geeignete Fläche zu finden. Mit der Beantwortung des erwähnten Postulats wird es uns aber gelingen, erste Verhandlungssituationen zu schildern. In diesem Sinne schlage ich Ihnen vor, die Morgartenstrasse zu mieten.*

Roger Liebi (SVP): *Es steht fest, dass der Umbau günstiger erfolgen kann. Was die Anspielung auf die ausländischen Geräte betrifft, möchte ich in Erinnerung rufen, dass der FDP-Bundesrat Johann Schneider-Ammann kürzlich öffentlich gefordert hat, man solle nicht mehr im Ausland einkaufen gehen, um die Schweizer Wirtschaft zu unterstützen.*

STR Martin Vollenwyder: *Dann könnten wir auch noch Christoph Blocher bitten, er möge die Fabriken in China schliessen.*

Änderungsantrag

Die Mehrheit der SK HBD/SE beantragt Ablehnung des nachfolgenden Änderungsantrags.

Die Minderheit der SK HBD/SE beantragt folgende Änderung der Ziffer 2:

2. Für den Ausbau und die Einrichtung der Räume an der Morgartenstrasse 29, 8004 Zürich, für die Zwecke der Stadtverwaltung wird ein Objektkredit von Fr. 3 150 000.– bewilligt. Die Kreditsumme erhöht oder vermindert sich entsprechend der Änderung des Baukostenindex zwischen der Aufstellung der Kostenschätzung (Preisstand 1. April 2011) und der Bauausführung.

Mehrheit: Patrick Hadi Huber (SP), Referent; Vizepräsident Mario Mariani (CVP), Michael Baumer (FDP), Dr. Regula Enderlin Cavigelli (SP), Christoph Gut (SP), Gabriele Kisker (Grüne), Markus Knauss (Grüne), Dr. Ann-Catherine Nabholz (GLP), Gabriela Rothenfluh (SP), Heinz F. Steger (FDP), Dr. Richard Wolff (AL)

Minderheit: Dr. Daniel Regli (SVP), Referent; Präsident Thomas Schwendener (SVP)

Der Rat stimmt dem Antrag der Mehrheit mit 94 gegen 25 Stimmen zu.

Schlussabstimmung

Die Mehrheit der SK HBD/SE beantragt Zustimmung zum Antrag des Stadtrats.

Die Minderheit der SK HBD/SE beantragt Ablehnung des Antrags des Stadtrats.

| | |
|-------------|---|
| Mehrheit: | Patrick Hadi Huber (SP), Referent; Michael Baumer (FDP), Dr. Regula Enderlin Cavigelli (SP), Christoph Gut (SP), Gabriele Kisker (Grüne), Markus Knauss (Grüne), Dr. Ann-Catherine Nabholz (GLP), Gabriela Rothenfluh (SP), Heinz F. Steger (FDP) |
| Minderheit: | Dr. Daniel Regli (SVP), Referent; Präsident Thomas Schwendener (SVP), Dr. Richard Wolff (AL) |
| Enthaltung: | Vizepräsident Mario Mariani (CVP) |

Der Rat stimmt dem Antrag der Mehrheit mit 92 gegen 28 Stimmen zu.

Damit ist in Übereinstimmung mit dem Stadtrat beschlossen:

1. Dem Mietvertrag mit Conzett + Huber, Liegenschaften + Beteiligungen, über 2959 m² Büro- und Archivfläche sowie einen Abstellplatz für Zwecke der Verwaltung in der Liegenschaft Morgartenstrasse 29, 8004 Zürich, zu einem Nettomietzins von total Fr. 736 241.–, zuzüglich Nebenkosten akonto von Fr. 54 000.–, ab 1. April 2012 mit einer festen Dauer bis 31. März 2022 und zwei Optionen für einmal zehn und einmal fünf Jahre, wird zugestimmt.
2. Für den Ausbau und die Einrichtung der Räume an der Morgartenstrasse 29, 8004 Zürich, für die Zwecke der Stadtverwaltung wird ein Objektkredit von Fr. 3 500 000.– bewilligt. Die Kreditsumme erhöht oder vermindert sich entsprechend der Änderung des Baukostenindex zwischen der Aufstellung der Kostenschätzung (Preisstand 1. April 2011) und der Bauausführung.

Mitteilung an den Stadtrat und amtliche Publikation am 4. April 2012 gemäss Art. 12 der Gemeindeordnung (Ablauf der Referendumsfrist: 3. Mai 2012)

2515. 2011/293

Dringliche Motion der Fraktionen SP, Grüne und GLP vom 13.07.2011: Erarbeitung einer verbindlichen Strategie für einen Atomausstieg bis zum Jahr 2034

Gemäss schriftlicher Mitteilung lehnt der Vorsteher des Departements der Industriellen Betriebe namens des Stadtrats die Entgegennahme der Dringlichen Motion ab, ist jedoch bereit, sie als Postulat zur Prüfung entgegenzunehmen.

Mirella Wepf (SP) begründet die Dringliche Motion (vergleiche Protokoll-Nr. 1587/2011): Fukushima hat uns allen gezeigt, dass der Atomausstieg erfolgen muss, und zwar möglichst rasch. Die Mehrheit des Gemeinderats will klar den raschen Atomausstieg. Die Stadt Zürich und das ewz müssen ihren Teil dazu beitragen. Wir sind uns alle einig, dass die Stadt Zürich ein starkes ewz braucht. Dazu ist eine Organisationsstruktur nötig, die dem ewz effizientes und konkurrenzfähiges Arbeiten ermöglicht. Der Gemeinderat muss aber auch die Möglichkeit haben, klare ökologische Vorgaben zu machen. Und die Struktur muss Controlling ermöglichen. Man darf zuversichtlich sein und hoffen, dass Gemeinderat und Stadtrat zusammenfinden und Lösungen entwickeln werden.

Namens des Stadtrats nimmt der Vorsteher des Departements der Industriellen Betriebe Stellung.

STR Andres Türler: *Vor ungefähr vier Jahren ist der Gemeinderat grossmehrheitlich über die Zukunft des Ausstiegs aus der Kernenergie übereingekommen. Die Kernenergiegewende hat mit der Volksabstimmung 2008 stattgefunden und nicht erst jetzt, wo wegen des Vorfalls in Japan die ganze Schweiz und ganz Europa darüber spricht. Ein Ausstieg hat aber auf nationaler Ebene zu erfolgen. Die Stadt Zürich steht in der Mitverantwortung und kann sich nicht einfach von den Kernenergieanlagen verabschieden. 2008 haben wir versprochen, den Strom aus erneuerbaren Energien zu gewinnen. Mit Ausnahme des Worts «verbindlich» rennt die Motion eigentlich eine offene Tür ein. Es gehört zum Unternehmensauftrag, die Stromzukunft, die sich laufend weiterentwickeln muss, sicherzustellen. Das Wort «verbindlich» muss gestrichen werden, ansonsten ist der Auftrag als Postulat zu überweisen. Die geforderte Arbeit wird sowieso gemacht.*

Weitere Wortmeldungen:

Ruggero Tomezzoli (SVP): *Wir sollten keine Entscheide für die nächste Generation fällen. Und wenn doch, müsste ein solcher Entscheid gesamtschweizerisch beschlossen werden. Die Motionäre müssten also eine Volksinitiative lancieren, was sie aber nicht tun, weil sie um die schlechten Chancen einer solchen Initiative wissen. Indem sie das Anliegen hintenherum durchzubringen versuchen, legen die Motionäre unstatthaftes Verhalten an den Tag. Die SVP lehnt die Motion ab.*

Martin Luchsinger (GLP): *Nachdem der Atomausstieg bis 2034 in der Geschäftsordnung verankert wurde, ist diese Motion nun der zweite Schritt und könnte eigentlich von allen Mitgliedern des Gemeinderats unterstützt werden. Eine klare Strategie ist wichtig, damit sowohl in der Bevölkerung als auch im Gemeinderat aufgezeigt werden kann, wie die verschiedenen Programme und Projekte des ewz zusammenhängen und warum die verschiedenen Schritte gemacht werden. Die Motion bringt klar zum Ausdruck, dass die Strategie die technischen und energiepolitischen Entwicklungen zu berücksichtigen hat – deshalb soll ihr Status ja auch alle drei Jahre überprüft werden. Durch das Wort «verbindlich» wird die Strategie nicht starr; verbindlich bedeutet nicht unveränderlich. Strategien sind von Natur aus meist verbindlich. Wir haben Vertrauen in das ewz und den Departementsvorsteher und sind zuversichtlich, dass die Arbeit gelingt.*

Dr. Richard Wolff (AL): *Fukushima war kein Vorfall, sondern eine Katastrophe, und es ist verantwortungslos, vor den Gefahren der Atomenergie einfach den Kopf in den Sand zu stecken und erst im Jahr 2034 auszusteigen. Der Entscheid, Atomkraftwerke zu bauen, war ein Entscheid für zukünftige Generationen, den wir nun ausbaden müssen. Es darf nicht sein, dass sich das Ganze nochmal um 20 Jahre verlängert, nur weil wir nicht den Mut haben, den Tatsachen in die Augen zu schauen.*

Dr. Martin Mächler (EVP): *Letzte Woche hat die Ratsmehrheit den Ausstieg per 2034 beschlossen. Deshalb ist es richtig, dass uns der Stadtrat eine Strategie vorlegt. Das Wort «verbindlich» steht einer laufenden Anpassung der Strategie nicht im Weg. Die EVP stimmt der Motion zu.*

Mario Mariani (CVP): *Wir sind der Meinung, dass das Anliegen in Form eines Postulats überwiesen werden sollte. Wir stören uns an der fixen Zahl 2034. Der Ausstieg ist sehr wahrscheinlich schon zu einem früheren Zeitpunkt möglich – warum sollten wir also bis 2034 warten? Die Atomkraft ist, mit allen ihren Folgekosten, nicht wirtschaftlich und hätte eigentlich gar nie produziert werden dürfen. Wird nicht das Postulat überwiesen, werden wir die Motion leider ablehnen müssen.*

Alexander Jäger (FDP): Es ist nicht sinnvoll, die Strategie auf das Jahr 2034 festzulegen. In diesem Bereich sollten die Vorgaben des Bundes abgewartet werden. Die Vernehmlassung beginnt im Herbst, eine Abstimmung kann voraussichtlich 2014 stattfinden. Wird auf Bundesebene ein anderes Datum für den Ausstieg festgesetzt, muss sich das ewz danach richten. Der Entscheid, in Deutschland alle kritischen Reaktoren sofort abzuschalten, war gemäss Dr. Richard Wolff (AL) richtig. Jetzt muss der Strom halt von polnischen Kohlekraftwerken bezogen werden. Mühleberg zeigt, dass es auch in der Schweiz schnell gehen und ein AKW abgeschaltet werden kann. Die GLP möchte ich noch fragen, ob nun eigentlich das im schweizweiten Positionspapier genannte Jahr 2035 gilt oder doch eher das Jahr 2034? Der Stadtrat zeigt uns eigentlich die ganze Zeit, dass das ewz in Sachen erneuerbare Energien wirklich am Ball ist. Dieser Weg muss einfach fortgesetzt werden, ein totales Umkrempeln ist nicht nötig.

Dr. Bernhard im Oberdorf (SVP): Man sollte sich nicht einseitig nur auf Fukushima beziehen, wo die Betreiberfirma Tepco mit ihren Überprüfungsprotokollen Betrug begangen hat. Es sollen ja nicht alle Kernkraftbetreiber als Betrüger hingestellt werden. Der Bezug auf die Volksabstimmung von 2008 mag angebracht sein. Mit Bezug auf eine andere Volksabstimmung, nämlich diejenige über die 2000-Watt-Gesellschaft, stellt sich aber die Frage, was mit dem Ziel von 2000-Watt passiert, wenn nach dem Atomausstieg der Strom zum grossen Teil aus Kohlekraftwerken bezogen wird. Es ist schwierig, heute eine Strategie zu entwickeln, die sich in fünf Jahren wahrscheinlich sowieso wieder als falsch erweisen wird.

Bernhard Piller (Grüne): Der Beschluss von 2008 war noch kein Atomausstieg, weil kein Ausstiegsdatum beschlossen wurde. Zürich würde noch bis mindestens 2044 Atomstrom beziehen – so lange nämlich wie Gösgen und Leibstadt noch am Netz sein werden. Wir wollen aber vorher aussteigen. Mit den Einschätzungen von Dr. Richard Wolff (AL) bin ich völlig einverstanden. Mehrheitsfähig kann man aber nur werden, wenn man Kompromisse eingeht. Der Stromzukunftsbereich hat seine Berechtigung, und es ist wichtig, dass er kontinuierlich überarbeitet wird. Die Szenarienarbeit ist sehr zentral und bildet die Grundlage für eine spätere Konkretisierung. Dies reicht aber nicht aus: Die Stadt Zürich muss sich innert einer bestimmten Frist aus der Abhängigkeit vom Atomstrom lösen. Hierzu braucht es eine Roadmap mit klar definierten Zwischenzielen sowohl auf Seiten der Produktion als auch auf Seiten des Konsums. Es bringt Investitionssicherheit, wenn man weiss, was wann in den kommenden 22 Jahren geschehen muss. Verbindlichkeit ist deshalb sehr wohl nötig – deshalb verlangt der Gemeinderat auch alle drei Jahre einen Bericht. Während wir Vertrauen ins ewz haben, ist unser Vertrauen in den Stadtrat manchmal ein bisschen angekratzt.

Roger Liebi (SVP): Die Leute werden tatsächlich an der Nase herumgeführt, wenn der Atomausstieg erst auf 2034 angesetzt wird: Wer die Kernenergie als gefährlich darstellt, kann sie doch nicht noch 20 Jahre weiterlaufen lassen. Die Investitionen in die Energiegewinnung können nicht in der Stadt Zürich stattfinden. Die Energie muss wahrscheinlich aus Kraftwerken bezogen werden, die ausserhalb der Stadt liegen. Durch die konsequente Forderung des Ausstiegs werden die Preise im Vorherein in die Höhe getrieben, weil die Anbieter wissen, dass die Stadt Zürich keine andere Wahl hat, als bei ihnen zu investieren. Die Strategie wird die Gewinne des ewz, von denen jahrelang profitiert wurde, verringern. Grüne, SP und GLP sprechen sich klar für eine Einschränkung der Lebensqualität in der Stadt Zürich aus und betreiben eine unsaubere Politik. Ich plädiere für eine realistische Politik.

Michael Baumer (FDP): Bernhard Piller (Grüne) hat eine abstruse Entscheidungskaskade aufgebaut und dabei offenbar gar nicht gemerkt, dass er selber gesagt hat, dass das, was wir heute fordern, der Zustimmung durch das Volk entbehrt. Das Volk hat keinen

Zeitraum definiert, weil in der Gemeindeordnung eine Strategie verankert ist, die besagt, dass keine neuen Beteiligungen gekauft werden, und dass man die alten auslaufen lässt. Wenn jetzt ein Datum festgelegt wird, wird der Volkswille missachtet. Investitionssicherheit kann übrigens nur der Bund schaffen. Wenn das ewz seine Beteiligungen verkauft, während die AKWs weiterlaufen, nützt dies dem Atomausstieg nichts. Unser Vertrauen in die Grünen ist erschüttert, da sie offensichtlich nicht mehr für pragmatische Lösungen zu haben sind.

Martin Luchsinger (GLP): *Eine Änderung der Gemeindeordnung zieht meines Wissens eine Volksabstimmung nach sich. Der Entscheid ist letzte Woche gefällt worden, jetzt geht es nur noch um die Strategie. Zu den Vorwürfen von Roger Liebi (SVP): Eine verschaukelte Politik wäre es, zu behaupten, der Atomausstieg könne sofort erfolgen. Ein nachhaltiger, wirtschaftlich verkraftbarer Atomausstieg braucht Zeit. Sowohl beim Ausbau der erneuerbaren Energien durch das ewz als auch bei den Energieeffizienzmassnahmen muss vorwärts gemacht werden. Was die 2000-Watt-Gesellschaft betrifft, so wollen wir mit der Strategie ja gerade bewirken, dass die Bevölkerung versteht, was der Atomausstieg beinhaltet und wohin er führt. Die Haltung der CVP ist für mich nicht nachvollziehbar. Eine verbindliche, anpassbare Strategie ist wichtig.*

STR Andres Türler: *Vor drei Jahren wussten wir ganz genau, vor welchem Hintergrund wir abstimmen. Damals wurde an den bestehenden Kernbeteiligungen festgehalten mit der Absicht, sie auslaufen zu lassen. Dies war mit ein Grund für die hohe Anerkennung. Jetzt, dreieinhalb Jahre später, wechseln die Grünen ihre Meinung und verkaufen dadurch das Stimmvolk für blöd. Am Thema Stromzukunft arbeiten mehr als 40 Personen. Die finanziellen Auswirkungen können nicht auf die Schnelle hinterlegt werden. Eine Katastrophe, wie sie in Fukushima passiert ist, darf nie wieder passieren, da sind wir uns einig. Ich setze mich nicht für die Kernenergie ein, sondern gegen einen Alleingang der Stadt Zürich. Trotzdem muss die Planung gemacht werden. Überweisen Sie deshalb bitte das Postulat.*

Simon Kälin (Grüne): *Niemand weiss, wie lange die Kernkraftwerke noch laufen werden. Sollte die Sicherheitsbehörde zum Schluss kommen, dass ein Kernkraftwerk nicht mehr sicher betrieben werden kann, können sämtliche Fristen, wie z. B. diejenige bis 2034, sowieso vergessen werden. Dies müssen wir in unserer Strategie berücksichtigen. Die Motion ist taktisch richtig, kann aber jederzeit von der Realität eingeholt werden.*

Bernhard Piller (Grüne) *ist nicht einverstanden die Dringliche Motion in ein Postulat umzuwandeln: Es ist eine neue Epoche angebrochen, energiepolitisch gesprochen. Und wenn eine neue Epoche anbricht, müssen neue Entscheide gefällt werden.*

Die Dringliche Motion wird mit 74 gegen 47 Stimmen dem Stadtrat überwiesen.

Mitteilung an den Stadtrat

2516. 2011/473

**Dringliche Motion der SP-, Grüne- und GLP-Fraktion vom 07.12.2011:
Elektrizitätswerk der Stadt Zürich (ewz), Einführung von Stromspartarifen im
Rahmen der nächsten Tarifrevision**

Gemäss schriftlicher Mitteilung lehnt der Vorsteher des Departements der Industriellen Betriebe namens des Stadtrats die Entgegennahme der Dringlichen Motion ab, ist jedoch bereit, sie als Postulat zur Prüfung entgegenzunehmen.

Martin Luchsinger (GLP) begründet die Dringliche Motion (vergleiche Protokoll-Nr. 2083/2011): Die geforderte Tarifrevision und die Stromspartarife sind sowohl für die 2000-Watt-Gesellschaft als auch für den Atomausstieg zentral. Seit 2006, als das ewz mit der Schaffung von ökologischen Tarifen eine Pionierrolle übernommen hat, ist viel passiert: Ein Ja zur Nachhaltigkeit, Fukushima, ein Bundesratsentscheid zum Atomausstieg und die Verankerung des städtischen Atomausstiegs bis 2034 in der Gemeindeordnung. Das Ziel der ökologisch prägenden Kräfte im Gemeinderat ist es, mit einem Vorstosspaket die Pionierrolle des ewz in der Energiewende aufrechtzuerhalten. Der Ausbau der erneuerbaren Energien und die bereits getroffenen Energieeffizienzmassnahmen müssen mit tariflichen Anreizen ergänzt werden, um die Netznutzerinnen und Netznutzer zu energieeffizientem Verhalten bewegen zu können. In Übereinstimmung mit dem Dispositivantrag zur Tarifierfassung, der die Gültigkeit bis 2014 befristet, fordern wir in der Motion eine Tarifrevision auf spätestens 1. Januar 2015. Die Stromspartarife fördern die Energieeffizienz. Fast ein Jahrzehnt nach der letzten Tarifrevision fordern wir den Stadtrat auf, in der Energiewende die nächsten Schritte zu tun und dabei nicht nur den Atomausstieg rechtzeitig anzupacken, sondern auch innovationsfördernde Rahmenbedingungen für die fortschreitende Ökologisierung der Wirtschaft einzuführen. Strom ist ein wertvolles Gut, und Stromverschwendung ist ökologisch und wirtschaftlich äusserst fragwürdig. Die aktuellen Tarife des ewz geben der ökologisch produzierten Energie nur preislich einen höheren Wert. Wir wünschen uns eine Vollkostenrechnung, auf der auch externe Kosten und ein Risikoaufschlag zu den Kosten hinzukommt. Uns ist bewusst, dass das ewz gewissen tariflichen Einschränkungen unterliegt. Wir sind aber überzeugt, dass sich die Vorgaben in den nächsten Jahren auch auf nationaler Ebene ändern werden, und dass das ewz mit seinen innovativen Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern die Möglichkeiten nutzen wird, die von uns geforderten Modelle innerhalb der gesetzlichen Rahmenbedingungen umzusetzen. Ohne dämpfende Massnahmen im Strombezug und zusätzlichen Anreizen zur Verwendung von energieeffizienten und stromsparenden Geräten können die 2000-Watt-Gesellschaft und der Atomausstieg nur schwer umgesetzt werden – erst recht, solange entsprechende Massnahmen auf nationaler Ebene fehlen. Sollte die Umsetzung der Tarifrevision auf den 1. Januar 2015 nicht möglich sein, bliebe noch die Möglichkeit einer Fristverlängerung und Übergangsweisung, der wir in einem begründeten Fall nicht im Weg stehen würden. Die Marktliberalisierung können wir nicht abwarten. Aus der Antwort des Stadtrats geht hervor, dass er die Ziele der Motionsparteien im Grossen und Ganzen teilt, sich aber am Zeitplan stört. Dieser ist unserer Meinung nach machbar. Wir fordern alle ökologisch denkenden und handelnden Gemeinderäte auf, den nächsten wichtigen Schritt in Richtung 2000-Watt-Gesellschaft und Atomausstieg zu unterstützen.

Namens des Stadtrats nimmt der Vorsteher des Departements der Industriellen Betriebe Stellung.

STR Andres Türler: Der Weg zur 2000-Watt-Gesellschaft ist ein Marathon in einem ziemlich hügeligen Gelände. Ich bitte diejenigen, die den Marathon laufen müssen, sich nicht noch zusätzlichen Ballast anzuhängen, denn wichtig ist das Erreichen des Ziels. In der Stadt Zürich haben wir eine um den Faktor 10 geringere Stromverbrauchszunahme

als im Rest der Schweiz. Unsere Einflussmöglichkeiten auf einen Stromspartarif sind relativ klein. Sollten wir aber wieder progressive Tarife einführen, wären primär diejenigen leidtragend, die Arbeitsplätze schaffen. Als Reaktion würden sie aus der Stadt weggehen. Die Herausforderung liegt in einer flächendeckenden Lösung. Betreffend die Frist: Für eine Motion beträgt sie zwei Jahre, und für die vorliegende Motion sind zwei Jahre zu kurz. Deshalb bitte ich Sie, das Anliegen als Postulat zu überweisen.

Weitere Wortmeldungen:

Theo Hauri (SVP): Anreize schaffen und Projekte fördern heisst immer, jemandem Steuer- oder Gebührengelder wegzunehmen und auf die Mühlen der eigenen Klientel umzuleiten. Die SVP ist auch in Sachen Energiepolitik gegen jegliche Bevormundung des urteilsfähigen Bürgers. Die Kunden mit dem grössten Umsatz, für die der Preis das entscheidende Kriterium ist, haben an einem utopischen Stromspartarif bestimmt kein Interesse. Als eigenständiges Individuum muss der Mensch den Stromverbrauch nach seinen Bedürfnissen und Neigungen festlegen können. Er ist bereit, hierfür einen fairen Marktpreis zu zahlen. Tarifmassnahmen zur Umerziehung sind nicht zielführend und werden in Fachkreisen mangels praktischer Durchführbarkeit zu Recht abgelehnt. Mit einem Effizienzbonus und weiteren quersubventionierten Tarifpositionen stehen bereits mehr als genug bürokratische Massnahmen zur Verfügung. Die von der Umweltlobby in diesem Rat immer wieder häppchenweise eingeführten Energieumverteilungsinstrumente müssen ihren praktischen und ökonomischen Nutzen erst noch beweisen. Es ist höchste Zeit, überflüssige Tarifpositionen ersatzlos zu streichen. Lenkungsabgaben sind Gift für die Wirtschaft. Alternativenergien müssen sich ohne Zuschüsse am Markt bewähren. Die Einführung eines Stromspartarifs bis 2015 ist aus zeitlichen und praktischen Gründen nicht möglich. Die Motionäre können ihre Anliegen im Rahmen der nächsten Tarifrevision vorbringen. Ein Postulat macht zum jetzigen Zeitpunkt keinen Sinn. Die SVP-Fraktion lehnt die Vorlage als Motion und als Postulat ab.

Joachim Hagger (FDP): Die FDP will dem Stadtrat die Chance geben, über die Möglichkeiten eines Stromspartarifs nachzudenken. Wir sind aber skeptisch, ob ein Schnellschuss zu einem guten Resultat führen kann und möchten dem Ganzen mehr Zeit einräumen. Deshalb würden wir es begrüssen, wenn die Motionäre bereit wären, ihr Anliegen in Form eines Postulats zu einzureichen.

Dr. Martin Mächler (EVP): Uns geht es auch zu schnell. Als Alternative zum Postulat schlagen wir den Motionären noch eine Textänderung vor, nämlich die Streichung des letzten Satzes «Die neuen Tarife sollen per 1.1.2015 in Kraft treten.» Diese Vorgabe kann, wie wir gehört haben, schlicht nicht eingehalten werden. Stromspartarife sollen vernünftig eingeführt werden.

Bernhard Piller (Grüne) ist nicht einverstanden, die Dringliche Motion in ein Postulat umzuwandeln: Der Grund für die Motion ist ja gerade, dass auf Anfang 2015 nicht einfach nur neue Tarife eingeführt werden, sondern dass es sich dabei um Stromspartarife handeln soll. Die heutige Struktur weist praktisch keine Mechanismen auf, die den ansteigenden Stromverbrauch dämpfen und längerfristig zum Sinken bringen könnten. Die Einsparmöglichkeiten sind keineswegs zu gering, wie das Decoupling-Modell zeigt. Nach diesem Modell würde die Stadt Zürich die zu verkaufende Strommenge festlegen. Würde mehr verkauft, müsste eine Busse bezahlt werden. Würde hingegen weniger verkauft, könnte das ewz die Tarife erhöhen. Das ewz hätte dadurch den Anreiz, möglichst wenig zu verkaufen und könnte mit dem Gewinn zusätzliche Investitionen in Energieeffizienzmassnahmen tätigen. Kombiniert mit dem progressiven Tarifmodell käme man sogar noch ein Stück weiter. In Kalifornien, wo das Decoupling-Modell seit der zweiten Hälfte der 70er-Jahre angewandt wird, ist der Stromverbrauch pro Kopf seit

1978 stabil geblieben. Im gleichen Zeitraum ist der Stromverbrauch pro Kopf in der Schweiz und auch in der Stadt Zürich um mehr als 50 Prozent angestiegen. Wir haben bewusst kein spezifisches Instrument in die Motion geschrieben, damit das ewz alle Optionen offen hat. Die Textänderung werden wir nicht annehmen. Auch bleiben wir bei der Form der Motion.

Roger Liebi (SVP): Es ist befremdlich, dass ausgerechnet Kalifornien, das ja einen Energiekollaps erlebt hat, als Musterbeispiel genannt wird.

Martin Luchsinger (GLP) hält eine persönliche Erklärung.

Mirella Wepf (SP): Weniger ist mehr, das gilt auch für den Stromverbrauch. Sogar die ökologische Stromproduktion ist umweltschädlich. Strom aus erneuerbaren Energien nützt uns nichts, wenn der Stromverbrauch immer grösser wird. Deshalb müssen Anreize geschaffen werden, damit der Stromverbrauch stabilisiert oder sogar gesenkt werden kann. Der Strompreis ist ein Instrument hierfür. Die Ausgestaltung des Tarifs haben wir im Rahmen der Motion bewusst offengelassen. Wir bleiben bei der Motion und setzen damit ein klares Zeichen.

Mario Mariani (CVP): Auch für die CVP steht die Energieeffizienz im Vordergrund. Mit der Terminierung des Vorstosses sind wir aber nicht einverstanden. Da die Textänderung nicht angenommen wurde, lehnen wir die Motion ab.

Die Dringliche Motion wird mit 67 gegen 50 Stimmen dem Stadtrat überwiesen.

Mitteilung an den Stadtrat

2517. 2011/474

Dringliche Motion der SP-, Grüne- und GLP-Fraktion vom 07.12.2011: Elektrizitätswerk der Stadt Zürich (ewz), stetig ansteigender Anteil aus erneuerbarer Energieproduktion bei allen angebotenen Stromprodukten

Gemäss schriftlicher Mitteilung lehnt der Vorsteher des Departements der Industriellen Betriebe namens des Stadtrats die Entgegennahme der Dringlichen Motion ab.

Dr. Davy Graf (SP) begründet die Dringliche Motion (vergleiche Protokoll-Nr. 2084/2011): Im Moment befinden wir uns in einem speziellen Zeitfenster: Ökonomisch gesehen sind die AKWs attraktiv; sie haben sich amortisiert und speisen günstigen Strom ins Netz. Atomare Katastrophen machen jetzt aber Nachrüstungen nötig. Strom ist ein öffentliches Gut und sollte eine gewisse Generationengerechtigkeit aufweisen. Die tatsächlichen Kosten des Atomstroms, d. h. einschliesslich die hohen Entwicklungs- und Förderkosten, sind in den aktuellen Tarifen nicht drin. Ebenfalls ungenügend eingerechnet ist der Rückbau. Es soll nicht mehr möglich sein, reinen Atomstrom zu beziehen, weil sich die Kosten des Atomstroms nicht gerecht über die Generationen verteilen lassen. Ich rede hier ausdrücklich nicht von KEV-Strom, sondern von Strom aus unseren eigenen Werken. Wir müssen jetzt gemeinschaftliche Anstrengungen starten und neue Produkte definieren. Jedes Produkt soll zu mindestens 50 Prozent erneuerbare Energien beinhalten. Der Ausstieg aus der Atomkraft bis spätestens 2034 bedingt einen kontinuierlichen Abbau von Atomstrom. Mit unserer Motion geben wir dem ewz das Instrument, mit dem die Tarife und Produkte etabliert werden können. Über die verschiedenen Stromprodukte lassen sich die Tarife sinnvoll abstufen, sodass auch preissensitive Kunden ein passendes Produkt finden werden. 2006 betrieben wir im Bereich Strom

noch eine nachfrageorientierte Politik. Jetzt aber, da wir komplett umsteigen wollen, müssen wir zu einer angebotsorientierten Politik übergehen. Wir müssen steuern, welche Art von Strom die Konsumentinnen und Konsumenten beziehen können. In der Antwort des Stadtrats steht, der Absatz des Stroms aus Kernenergieanlagen, der über den Handel geht, werfe Gewinn ab und könne die erneuerbaren Stromprodukte finanzieren. Demgemäss könnten wir, falls Grosskunden abspringen, diesen Anteil Strom gewinnbringend im Grosshandel verkaufen. Das wollen wir aber natürlich nicht. Ausserdem wird es kaum zu grossen Preissteigerungen kommen, wie auch die aktuellen Tarife zeigen: Der Hochtarif von wassertop beträgt 10 Rp./kWh, derjenige von naturpower beträgt 8 Rp./kWh, und derjenige von mixpower liegt bei 7 Rp./kWh. Zum Schluss eine Prognose: Irgendwann wird der Atomstrom aufgrund von Massnahmen auf Bundesebene teurer sein als Wasser- und Solarstrom. Was passiert dann? Dürfen dann die Grossverbraucher den günstigeren Ökostrom beziehen, während die Haushalte mit dem teureren Atomstrom Vorliebe nehmen müssen? Nein, dies wollen wir nicht. Wir wollen von Anfang an eine solidarische Finanzierung.

Namens des Stadtrats nimmt der Vorsteher des Departements der Industriellen Betriebe Stellung.

STR Andres Türler: *Wir sind stolz auf die Vorreiterrolle des ewz bei der Einführung ökologischer Tarife. Damals musste so viel Strom produziert werden, wie im eigenen Versorgungsgebiet abgesetzt wurde. Die Wahlmöglichkeiten waren sehr bescheiden. Seit dem Stromversorgungsgesetz haben wir auf der einen Seite die Produktion und auf der anderen Seite den Vertrieb. Die Schnittmenge beträgt nur noch ungefähr ein Drittel des Stromabsatzes. Deshalb ist die Diskussion darüber, welcher Strom wie teuer ist, völlig irrelevant. Die Kundschaft entscheidet, woher sie den günstigsten Strom bezieht – unter Umständen aus dem benachbarten Ausland. Nur die A-Kunden (KMUs und Haushalte) sind noch verpflichtet, den Strom zu den hier beschlossenen Tarifen zu beziehen. Alle anderen Kunden können auf günstigeren Strom ausweichen. Das bedeutet: Je mehr das ewz gezwungen wird, die Tarife durch verstärkte Ökologisierung zu erhöhen, umso mehr wird der Kernenergieverbrauch zunehmen. Die Grosskunden werden nämlich abwandern von unseren verhältnismässig sehr ökologischen Tarifen, um bei der Axpo reine Kernenergie einzukaufen. Der Vorschlag, diesen Strom auf dem Markt zu verkaufen und Gewinn zu machen, ist zynisch. Erwähnen möchte ich noch, dass die Stromkundinnen und -kunden in der Stadt Zürich die Ökologisierung zweimal bezahlen, nämlich einmal mit dem KEV-Strom und einmal mit dem Ökostrom. Die einzigen, die von dieser Motion überhaupt betroffen sind, sind die Haushalte und die KMUs. Am Ende bleiben wir auf unserem vorbildlichen Ökostrom sitzen, weil der Markt offen ist. Die Motion führt nicht in eine erspriessliche Zukunft.*

Weitere Wortmeldungen:

Martin Bürlimann (SVP): *Das entscheidende Merkmal eines Markenprodukts ist, dass es immer genau gleich ist. Nun soll den Kunden stetig ein wenig mehr von der guten Energie untergejubelt werden, bei gleichzeitiger Zurückdrängung der bösen Energie. Dieses Vorhaben zeugt von falschen Vorstellungen vom Verkauf. Die Kundschaft lässt sich nicht übertölpeln, indem die Zusammensetzung eines Produkts verändert wird. Die Kunden würden automatisch zu einem günstigeren Produkt wechseln, was die Motionäre aber ja gerade nicht wollen. Die SVP empfiehlt ein Nein zu dieser Motion.*

Roger Liebi (SVP): *Für die städtischen Sozialdemokraten hört die Welt offenbar an den Gemeindegrenzen auf. Die Vorstellung, mit dem ewz die Grosskunden umerziehen und die Welt verbessern zu können, ist absurd. Mit ihrem Vorhaben treffen sie ihre eigene Klientel, nämlich die kleinen Leute, die sich nicht wehren können. Mit einer solch radikalen*

len Strategie wird das ewz sozusagen abgeschafft. Einen konstruktiveren Weg über Postulate könnte ich noch eher nachvollziehen.

Joachim Hagger (FDP): *Wir brauchen auch in Zukunft ein überlebensfähiges ewz. Und das ewz soll nicht zu einem Nischenplayer verkommen. Wir können die Kundschaft, die Atomstrom beziehen möchte, nicht einfach an die Konkurrenz verweisen. Die Motion würde dem ewz den Boden unter den Füßen wegziehen. Die FDP kann dies nicht unterstützen.*

Claudia Rabelbauer-Pfiffner (EVP): *Ein nachhaltiger Atomausstieg braucht Zeit und lässt sich nicht mit einer Hauruckübung, wie sie hier versucht wird, erreichen. Die Massnahme der Motion trifft die Falschen, und wir bezweifeln sehr, ob dadurch wirklich weniger Strom verbraucht würde. Die EVP befürwortet die Energiesuffizienzdiskussion. Wir sind uns aber bewusst, dass Strom und Energie zu Wohlstand und zur Erleichterung des Alltags geführt haben. Diesen Zustand wollen wir erhalten. Der Zeitfaktor ist nicht unwesentlich. Die Motion schießt am Ziel vorbei. Die heute schon teuren Mieten würden durch enorm hohe Nebenkosten noch viel teurer werden. Neben dem Gewerbe müssten auch viele Familien aus der Stadt wegziehen. Die Motion ist deshalb abzulehnen.*

Bernhard Piller (Grüne): *Die 2006 eingeführten Tarifmodelle waren unbestritten mutig, sinnvoll, richtig und gut. Dadurch konnte der Zubau für erneuerbare Energien direkt gefördert werden. Die differenzierten Stromprodukte konnten gut an die Leute gebracht werden. Der Wechsel von einer nachfrageorientierten zu einer angebotsorientierten Politik ist zentral. Das alte Tarifmodell ist nicht genügend für die Zukunft gerüstet. Wenn in fünf bis acht Jahren alle sensibilisierten Kundinnen und Kunden Ökostrom beziehen, und dieser Zuwachs stagniert, wird sekundär auch der Zubau von erneuerbaren Produktionskapazitäten ins Stocken kommen. Deshalb brauchen wir eine umgekehrte Modellstruktur, in der ein klarer Zubaupfad definiert ist. Das Zieldatum bleibt gleich: 2034.*

Dr. Davy Graf (SP): *Mit dieser Motion soll das ewz gestärkt werden. Wir glauben, dass die Strategie nachhaltig ist. Das ewz wird in ein paar Jahren gut positioniert sein, indem es bereits jetzt aktiv die erneuerbaren Energien ausbaut und sich auf einen sukzessiven Rückzug aus der Kernenergie und aus anderen konventionellen Energien vorbereitet. Wir wollen keineswegs die Welt verändern. Als Stadt können wir aber durchaus einen Dominoeffekt auslösen.*

Die Dringliche Motion wird mit 71 gegen 50 Stimmen dem Stadtrat überwiesen.

Mitteilung an den Stadtrat

2518. 2011/472

Dringliche Motion von Bernhard Piller (Grüne) und Helen Glaser (SP) vom 07.12.2011:

Elektrizitätswerk der Stadt Zürich (ewz), Verpflichtung zu einer jährlichen Strom-einsparung von 1% pro Jahr auf der Basis des Referenzjahres 2012

Gemäss schriftlicher Mitteilung lehnt der Vorsteher des Departements der Industriellen Betriebe namens des Stadtrats die Entgegennahme der Dringlichen Motion ab.

Helen Glaser (SP) begründet die Dringliche Motion (vergleiche Protokoll-Nr. 2082/2011): In der Motion geht es um die Effizienzsteigerung. Der Stromverbrauch nimmt weltweit zu. Zwar werden unsere Geräte immer effizienter und verbrauchen weniger Strom. Weil die Bevölkerung aber wächst, die Zahl der Geräte zunimmt, und neue Technologien mehr Strom verbrauchen, steigt der Stromverbrauch. Wir gehen ineffizient um mit dem Strom. Es gibt zu wenig genügend gute Effizienzvorschriften und zu wenig ökonomische Anreize für einen sparsamen und effizienten Umgang mit dem Strom. Mit dem beschlossenen Atomausstieg sind wir zusätzlich gefordert. Mit dieser Motion verlangen wir, dass die Effizienz des ewz-Stroms jährlich um 1 Prozent steigt. Unsere Forderung zielt auf die Zeit des Atomausstiegs Mitte der 2030er-Jahre ab. Der Stadtrat findet, es würden hier Äpfel mit Birnen verglichen; Strom und Energie seien nämlich nicht dasselbe. Das stimmt. Unsere Forderung macht aber trotzdem Sinn. Eine Untersuchung von Greenpeace, Pro Natura, WWF, VCS und der Schweizerischen Energie-Stiftung kommt zu folgendem Ergebnis: Bei einem Ausstieg aus dem Atomstrom bis 2035 fehlen 24 TWh Strom. Dazu kommt ein Nachfragezuwachs von 15 TWh. Dies ergibt 39 TWh Strom, die bis 2035 aufzufangen sind. Mit erneuerbaren Energien können bis dann 24,9 TWh erzeugt werden. Mit einer jährlichen Effizienzsteigerung, wie wir sie fordern, wird für die gleiche Leistung weniger Strom gebraucht. Damit können bis 2035 zusätzlich 19,2 TWh Strom erzeugt werden. Dies ergibt zusammen 45,1 TWh. Es bleiben uns also 6 TWh für den Handel. Übrigens ist in diesen Berechnungen berücksichtigt, dass die Kundinnen und Kunden selber bestimmen, wie viel Strom sie verbrauchen. Die Effizienzsteigerung nimmt Druck vom Zubau der erneuerbaren Energien. Dies ist gut, weil die erneuerbaren Energien mit Sorgfalt und gut geplant zugebaut werden müssen – sonst bleibt das ewz am Schluss auf teuren erneuerbaren Energien sitzen. Der Stadtrat findet weiter, die Ebene Bund und die Ebene Stadt sollten nicht vermischt werden. Dies sehen wir anders: Die beiden Ebenen schliessen sich nicht aus. Die konsequente Effizienzsteigerung ist nötig, um den Atomausstieg bis 2034 und die 2000-Watt-Gesellschaft bis 2050 zu erreichen. Das ewz und die Stadt Zürich sollen in der Energiepolitik Pioniere bleiben und ihre vorbildliche Ausstrahlung behalten.

Namens des Stadtrats nimmt der Vorsteher des Departements der Industriellen Betriebe Stellung.

STR Andres Türler: Wir stimmen über einen Antrag ab und nicht über die Begründung. Der Stadtrat muss den Antrag erfüllen und nicht die Begründung. In diesem Antrag ist nicht von einer Effizienzsteigerung die Rede, sondern von einer Stromeinsparung. Betreffend die Energieeffizienz sind wir mit den Motionären einverstanden. Nur haben wir bereits viel dafür getan, z. B. mit dem Stromsparfonds, mit dem Effizienzbonus für Grosskunden usw. Mit einem Forschungsschwerpunkt bemühen wir uns auch um einen Stromsparanreiz für Haushalte und KMUs. Weiter haben wir auch eine Energieberatung eingerichtet. Die weniger grossen Verbrauchszunahmen in der Stadt Zürich sprechen für unser Engagement in diesem Bereich. Unsere Einflussmöglichkeiten sind aber trotzdem sehr beschränkt, bewegen sich doch Produktion und Absatz voneinander weg. Ihre Forderung nach einer jährlichen Reduktion des Stromabsatzvolumens um 1 Prozent würde bedeuten, dass unter anderem Wärmepumpen, Elektroautos und Trolleybusse aus dem Alltag verschwinden müssten. Der Stadtrat lehnt diesen Holzweg klar ab.

Der Ratspräsident Joe A. Manser (SP) beantragt Reduktion der Redezeit auf drei Minuten.

Der Rat stimmt dem Antrag des Ratspräsidenten stillschweigend zu.

Weitere Wortmeldungen:

Martin Bürlimann (SVP): Die Motion wird, wenn auch nicht im Sinne der Motionäre, in Erfüllung gehen. Energieeffizienz ist die Sache des Endbenutzers und nicht die Sache des Anbieters. Mit den gewerbefeindlichen Quersubventionierungen und den weltfremden, künstlichen Verteuerungen wird der Absatz von alleine sinken. Es ist zu hoffen, dass der Rückgang des Stromabsatzes beim ewz nicht mehr als 1 Prozent betragen wird. Mit der Marktöffnung sind bereits die ersten Kundinnen und Kunden abgesprungen, und weitere Abo-Kündigungen sind zu erwarten. Die Motionäre unterschätzen, was sich auf dem Energiemarkt abspielt. Das ewz wird in existenzielle Schwierigkeiten geraten. Die Motion ist untauglich.

Roger Liebi (SVP): Diese Motion ist wahrlich der Inbegriff von Ökoguerrillapolitik. Die Motionäre wollen das ewz offensichtlich vernichten. Und ausgerechnet sie, die die Zuwanderung immer begrüsst haben, nennen die Bevölkerungszunahme jetzt als Grund für den wachsenden Stromverbrauch. Kommt hinzu, dass sich die SP offenbar nicht im Klaren darüber ist, ob Grosskunden nun abwandern oder nicht.

Christoph Spiess (SD): Wir finden die Motion gut, weil sie ansatzweise die Erkenntnis zum Ausdruck bringt, dass jeder Energieumsatz unsere Mit- und Nachwelt belastet. Wir stimmen der Motion zu, möchten aber anmerken, dass eine jährliche Stromeinsparung von 1 Prozent nicht möglich ist bei gleichzeitigem Bevölkerungswachstum um 1 oder 2 Prozent. Wer solche Vorstösse macht, sollte, um glaubwürdig zu sein, nicht nur eine 2000-Watt-Gesellschaft, sondern endlich auch eine 5-Millionen-Schweiz fordern.

Dr. Bernhard im Oberdorf (SVP): Die Motion unterstreicht die Aussage von Mirella Wepf (SP), wonach jede Stromgewinnung schädlich sei für die Natur. Eine Stromeinsparung muss motiviert werden. Das, was in dieser Richtung bereits gemacht wurde, wird von entsprechender Seite aber nicht honoriert. Die in der Motion vorgeschlagene Verpflichtung geht von einer linearen Effizienzsteigerung aus, was aber unsinnig ist: Wenn in einem Jahr einmal 3 Prozent eingespart werden könnten, würde dies gemäss der Motion bestraft, indem im darauffolgenden Jahr gleich noch mehr eingespart werden müsste. Gut möglich, dass die Auswirkungen bis zur Abschaffung des Trams reichen würden. Es wäre logischerweise eine asymptotische Annäherung an den Nullpunkt. Der Strom in der Stadt Zürich und das ewz würden abgeschafft.

Alexander Jäger (FDP): Die Motion ist nicht zu Ende gedacht und deshalb schwierig. Sie lässt viele Fragen offen. Zudem betrachtet sie nicht die Gesamtenergie und schädigt dadurch das ewz.

Martin Luchsinger (GLP) beantragt Umwandlung in ein Postulat: Die Motion ist tatsächlich komplex und ermöglicht verschiedene Lesarten. Der Stromabsatz wird aber nicht auf Null sinken, sondern der Stromanstieg wird allenfalls gedämpft. Wir von der GLP sind der Meinung, dass es sich hierbei um ein im Rahmen der Tarifrevision zu überprüfendes Mittel handelt, und dass eine zusätzliche Motion nicht nötig ist. Deshalb schlagen wir die Umwandlung in ein Postulat vor.

Bernhard Piller (Grüne) ist einverstanden, die Dringliche Motion in ein Postulat umzuwandeln: Das Thema bewegt viele zum Reden und jagt einigen offenbar auch Angst ein. Die Annahme, der Stromabsatz sinke eines Tages auf Null, ist aber falsch. Stromsparen ist übrigens implizit ein Oberbegriff für Effizienz auf der einen Seite und Suffizienz auf der anderen Seite. Stromsparen ist ungleich schwerer zu verkaufen als erneuerbare Energien, lässt sich doch mit Energieeffizienz, zumindest unter dem heutigen Tarifmodell, weniger verdienen. Deshalb sind klare Ziele nötig. In der ablehnenden Antwort des

Stadtrats sind mehrere Punkte polemisch und falsch: Die Einsparung zielt klar auf die Referenzentwicklung ab und bezieht sich auf das Jahr 2034. Es ist auch klar, dass nationale Massnahmen der Stadt helfen, die Ziele zu erreichen. Und: Wenn andere übergeordnete Instanzen, wie z. B. die EU, es schaffen, eine solche Reduktion festzuschreiben, dann kann die Stadt das auch.

Mario Mariani (CVP) stellt den Ablehnungsantrag zum Postulat: *Die Motion ist Unsinn, und auch ein Postulat macht die Sache nicht besser.*

Michael Schmid (FDP): *Es wurde jetzt vor allem über die Begründung des Vorstosses gesprochen. Diese ist tatsächlich atemberaubend. Mit der Begründung hat der Vorstoss aber gar nichts zu tun. Auch mit der schweizerischen Energiepolitik oder mit Effizienzsteigerungen hat er nichts zu tun: Er hat einzig und allein das ewz im Visier.*

Das Postulat GR Nr. 2012/138 (statt Dringliche Motion GR Nr. 2011/472, Umwandlung) wird mit 65 gegen 53 Stimmen dem Stadtrat zur Prüfung überwiesen.

Mitteilung an den Stadtrat

E i n g ä n g e

An den nachfolgenden Texten werden keine sprachlichen Korrekturen vorgenommen.

2519. 2012/125

Einzelinitiative von Urs Frey vom 22.03.2012:

Änderung von Art. 4 der Bauordnung, Gestaltungsplan SBB-Areal Tiefenbrunnen

Von Urs Frey, Seefeldstrasse 193, 8008 Zürich, ist am 22. März 2012 folgende Einzelinitiative eingereicht worden:

Gestützt auf § 50 des Gemeindegesetzes und Art. 15 der Gemeindeordnung der Stadt Zürich reiche ich folgende ausformulierte Initiative ein:

Änderung von Art. 4 der Bauordnung (Gestaltungsplanpflicht), Ergänzung mit einem neuen Absatz 11:

"Im Gebiet SBB-Areal Tiefenbrunnen muss mit dem Gestaltungsplan sichergestellt werden, dass die Nutzung des gesamten Areals abgestimmt auf die Bedürfnisse der Benutzer des öffentlichen Verkehrs und in Koordination mit der seeseitig geplanten Nutzungsintensivierung im Bereich Seepolizei / Kibag / Hafen Tiefenbrunnen erfolgt, und dass die Überbauung der exponierten Lage entsprechend städtebaulich und architektonisch besonders gut gestaltet wird."

Begründung:

Eine Überbauung des Areals muss in Abstimmung mit den langfristigen Erfordernissen des Bahnhofsbetriebs mit Umsteigeknoten auf Tram und Bus sowie den übrigen geplanten Entwicklungen im äussersten Seefeld erfolgen. Zudem sind an die Erschliessung und Gestaltung höchste Anforderungen zu stellen, handelt es sich doch um das Tor zur Stadt von der Goldküste her. Zusammen mit dem Umstand, dass Konzessionsland zur Bebauung ansteht, ist eine koordinierte, transparente und demokratisch legitimierte Überbauungslösung unabdingbar. Nach einem früher gescheiterten Projekt wurde die Öffentlichkeit von der SBB-Immobilien AG kürzlich durch entsprechende Pressemitteilungen erneut überrascht mit einem scheinbar bewilligungsreif vorangetriebenen Projekt auf dem SBB-Areal Tiefenbrunnen. Zur Neuüberbauung vorgesehen ist die süd-östlich an das Bahnhofsgebäude angrenzende Fläche, die derzeit mit einem Gastronomiegebäude (Spuntino), der P&R-Anlage und mit dem Selbstbedienungsteil der Autowaschanlage AUTOP genutzt ist.

Am 6. März 2012 haben Vertretungen der SBB-Immobilien AG anlässlich einer offenen Vorstandssitzung des Quartiervereins Riesbach über das Vorhaben informiert. Es hat sich herausgestellt, dass das Projekt auf zentrale Fragen keine oder zumindest keine befriedigenden Antworten gibt. Die Erschliessungslösung beschränkt sich auf eine Neuorganisation des Verkehrsflusses auf diesem süd-östlichen Grundstücksteil, ohne dass die bereits heute unbefriedigende Bushaltestelle mit Pw-Bahnhofsvorfahrt mit einer langfristigen Perspektive verbessert würde. Eine Erneuerung und Verbesserung der Fusswegverbindungen von und zum Bahnhof sind nicht in das Projekt einbezogen (insb. behindertengerechte Unterführungen) wie auch die Zukunft des Bahnhofes Tiefenbrunnen als solcher nicht gesichert bzw. der engere Bahnhofsbereich nicht in das Projekt einbezogen ist. Trotz offensichtlichen Zusammenhängen mit dem Bahnhofsbetrieb und den geplanten Entwicklungen seeseits der Bellerivestrasse wurde das Nutzungskonzept nicht plausibel begründet.

Mitteilung an den Stadtrat

2520. 2012/130

Motion von Tamara Lauber (FDP) und Marc Bourgeois (FDP) vom 28.03.2012: Ergänzung von Art. 23^{ter} der Gemeindeordnung (GO), Offenlegungspflicht für Gemeinderatsmitglieder, die in einer staatlich subventionierten Wohnform leben

Von Tamara Lauber (FDP) und Marc Bourgeois (FDP) ist am 28. März 2012 folgende Motion eingereicht worden:

Der Stadtrat wird beauftragt, dem Gemeinderat eine Vorlage zur Ergänzung von Art. 23^{ter} der Gemeindeordnung zu beantragen, wodurch Gemeinderatsmitglieder zur Offenlegung verpflichtet werden, wenn sie in einer staatlich subventionierten Wohnform leben. Dabei ist hinsichtlich des Subventionsbegriffs auf ökonomische Kriterien abzustellen.

Begründung:

Zweck der Veröffentlichung von Interessenbindungen der Gemeinderäte ist es, wirtschaftliche und/oder ideelle Interessen der einzelnen Gemeinderäte offenzulegen, um so Ausstandspflichten beurteilen und politisches Handeln einordnen zu können.

In der Stadt Zürich wird in den nächsten Jahrzehnten ein zweistelliger Milliardenbetrag in den subventionierten Wohnungsbau fliessen. Auch auf die einzelne subventionierte Wohnung heruntergebrochen fliessen hier bedeutsame Steuermittel, welche für die jeweiligen Bewohner einen erheblichen geldwerten Vorteil darstellen.

Der Gemeinderat wird deshalb in den nächsten Jahren und Jahrzehnten regelmässig über subventionierte Wohnungsvorlagen entscheiden müssen. Wenn nun gleichzeitig einzelne Gemeinderäte in erheblichem Umfang persönlich von diesen Subventionen profitieren, sind Interessenkonflikte unausweichlich. Eine solche wirtschaftliche Interessenbindung eines stimmberechtigten Parlamentsmitgliedes rechtfertigt eine Offenlegung. Zudem kann die Ausstandspflicht gemäss Art. 30 der GeschO des Gemeinderats nur so wirksam kontrolliert werden.

Das Abstellen auf einen ökonomischen Subventionsbegriff – wie er im politischen Vokabular nicht immer üblich ist – deckt die geldwerten Vorteile der Nutzniesser in geeigneter, allgemein anerkannter Weise ab. Dabei stellen insbesondere auch die folgenden Konstrukte eine wirtschaftliche Subventionierung dar: Abgabe von Land im Baurecht zu nicht marktgerechten Preisen; Hypotheken zu nicht marktgerechten Preisen; Übernahme von Anteilscheinen bei Genossenschaften; Bereitstellung von Stiftungskapital; Erstellung eigener Wohnsiedlungen; Wohnbauaktionen zur gezielten Subventionierung einzelner Wohnungen; von gemeinnützigen, selber staatlich geförderten Institutionen subventionierte Wohnungen.

Datenschutzrechtlichen Bedenken ist dabei gebührend Rechnung zu tragen, sofern die Daten nicht ohnehin öffentlich zugänglich sind.

Mitteilung an den Stadtrat

2521. 2012/131

**Motion von Markus Knauss (Grüne) und Gabriele Kisker (Grüne) vom 28.03.2012:
Kauf von Liegenschaften des Kantons und des Bundes in der Stadt Zürich zur
Lösung der Raumprobleme der städtischen Dienstabteilungen**

Von Markus Knauss (Grüne) und Gabriele Kisker (Grüne) ist am 28. März 2012 folgende Motion eingereicht worden:

Der Stadtrat wird eingeladen, dem Gemeinderat eine kreditschaffende Weisung, vorzulegen, welche die drängenden Raumprobleme der städtischen Dienstabteilungen durch den Kauf von kantonalen Liegenschaften und Liegenschaften des Bundes in der Stadt Zürich langfristig löst.

Begründung:

Die Stadt Zürich platzt aus allen Nähten. Bei der Versorgung der Stadt mit öffentlichen Einrichtungen (Schulen, Kinderbetreuung, Altersheime, Tramdepots, Werkhöfe, Feuerwehr-Stützpunkte, Verwaltung, etc.) ist ein erheblicher Standort- und Raumbedarf entstanden. Bis 2025 ist von einem Bedarf für städtische Infrastruktur von mehr als 170'000 m² auszugehen. Während die Stadt Zürich aber ihre Raumbedürfnisse nur innerhalb der Gemeindegrenzen abdecken kann, haben die kantonale und die Bundesverwaltung einen viel grösseren Perimeter zur Verfügung. Der Kanton Zürich hat insbesondere mit den beiden Grossprojekten Toni-Areal der Hochschule der Künste und Sihlpost der Pädagogischen Hochschule grosse Raumreserven freigespielt.

Gemäss §9 des Planungs- und Baugesetzes ist die Stadt Zürich als Planungsträger verpflichtet, die ihm zugewiesenen Aufgaben und die Wahrung seiner Interessen auch planerisch zu sichern. Der Kanton Zürich hat bei einem überwiegenden öffentlichen Interesse beim Verkauf der entsprechenden Liegenschaften an die Stadt Zürich auch einen erheblichen Ermessensspielraum, was die Kosten anbelangt. Im Interesse eines funktionierenden Gemeinwesens sollte der Kanton Zürich deshalb Hand dazu bieten, die Funktionsfähigkeit der grössten Gemeinde im Kanton Zürich sicher zu stellen.

Mitteilung an den Stadtrat

2522. 2012/132

**Motion von Gabriele Kisker (Grüne) und Markus Knauss (Grüne) vom 28.03.2012:
Schaffung einer Zone für städtische öffentliche Bauten sowie Zuordnung von Liegenschaften, die von nicht ortsgebundenen Abteilungen der kantonalen oder der Bundesverwaltung genutzt werden**

Von Gabriele Kisker (Grüne) und Markus Knauss (Grüne) ist am 28. März 2012 folgende Motion eingereicht worden:

Der Stadtrat wird eingeladen, dem Gemeinderat eine Weisung vorzulegen, die eine Anpassung des regionalen Richtplans und daraus folgenden Änderung der Nutzungsplanung vorsieht. Dabei soll eine Zone für städtische öffentliche Bauten geschaffen werden. Dieser Zone sollen Liegenschaften zugeordnet werden, die heute von nicht ortsgebundenen Abteilungen der kantonalen oder der Bundesverwaltung genutzt werden.

Begründung:

Die Stadt Zürich platzt aus allen Nähten. Bei der Versorgung der Stadt mit öffentlichen Einrichtungen (Schulen, Kinderbetreuung, Altersheime, Tramdepots, Werkhöfe, Feuerwehr-Stützpunkte, Verwaltung, etc.) ist ein erheblicher Standort- und Raumbedarf entstanden. Bis 2025 ist von einem Bedarf für städtische Infrastruktur von mehr als 170'000 m² auszugehen. Während die Stadt Zürich aber ihre Raumbedürfnisse nur innerhalb der Gemeindegrenzen abdecken kann, haben die kantonale und die Bundesverwaltung einen viel grösseren Perimeter zur Verfügung.

Gemäss §9 des Planungs- und Baugesetzes ist die Stadt Zürich als Planungsträgerin verpflichtet, die ihr zugewiesenen Aufgaben und die Wahrung ihrer Interessen auch planerisch zu sichern.

Mitteilung an den Stadtrat

2523. 2012/133

**Motion von Isabel Garcia (GLP) und Andreas Hauri (GLP) vom 28.03.2012:
Neuregelung der Mittagszeit in den städtischen Tagesschulen, Mittagstischen und Horten**

Von Isabel Garcia (GLP) und Andreas Hauri (GLP) ist am 28. März 2012 folgende Motion eingereicht worden:

Der Stadtrat wird beauftragt, dem Gemeinderat eine Weisung vorzulegen, welche die Mittagspause in der Volksschule neu so regelt, dass in den städtischen Tagesschulen, Mittagstischen und Horten jeweils mindestens zwei Gruppen von SchülerInnen gepflegt werden können. Die Staffelung der Mittagszeit soll auf die spezifischen Bedürfnisse der verschiedenen Altersgruppen Rücksicht nehmen.

Begründung:

Berechnungen des Schul- und Sportdepartements gehen davon aus, dass bis zum Jahr 2020 70% der Kindergarten- und PrimarschülerInnen sowie 50% der SekundarschülerInnen ein Betreuungsangebot (oft über Mittag inklusive Verpflegung sowie anschliessend an den schulunterricht am Nachmittag) in Anspruch nehmen werden, was eine Verdoppelung der heutigen Kapazitäten bedeutet. Allein die Investitionskosten für die Erstellung der Bauten sowie deren Ausstattung werden von der Stadt auf über 200 Millionen Schweizer Franken geschätzt.

Die aktuellen Blockzeiten in der Volksschule, die eine für alle SchülerInnen einheitliche Mittagspause von 11.55 bis 13.45 Uhr festlegen, führen dazu, dass die Horte und Mittagstische über Mittag relativ ineffizient genutzt werden. Gleichzeitig werden die betreuten Gruppen bei gleichbleibender Infrastruktur immer grösser und auch die Wartelisten können kaum abgebaut werden.

Eine Staffelung der Mittagspause würde es ermöglichen, in derselben Infrastruktur und mit demselben Personal ein Mehrfaches an SchülerInnen zu verpflegen und zu betreuen. Damit könnte die Betreuung insgesamt kosteneffizienter gestaltet werden.

Mitteilung an den Stadtrat

2524. 2012/134

**Postulat von Severin Pflüger (FDP) und Dr. Urs Egger (FDP) vom 28.03.2012:
Realisierung von Gewerbenutzungen auf den lärmbelasteten Flächen entlang der Eisenbahn**

Von Severin Pflüger (FDP) und Dr. Urs Egger (FDP) ist am 28. März 2012 folgendes Postulat eingereicht worden:

Der Stadtrat wird gebeten zu prüfen, wie sich auf den lärmbelasteten Flächen entlang der Eisenbahn Gewerbenutzungen realisieren lassen. Zu prüfen ist insbesondere, welche bau- und raumplanungsrechtlichen Massnahmen ergriffen werden müssten.

Begründung:

Für das Gewerbe ist es in unserer Stadt sehr schwer, geeignete Räumlichkeiten zu finden. Insbesondere das produzierende Gewerbe mit Lärmemissionen wird aus unserer Stadt hinausgedrängt, weil die Toleranz gegenüber Kleingewerbe, Bäckereien etc. in der Bevölkerung immer mehr schwindet.

Grundstücke entlang von Bahnlinien eignen sich für solche Nutzungen.

Mitteilung an den Stadtrat

2525. 2012/135

**Postulat von Marc Bourgeois (FDP) und Michael Schmid (FDP) vom 28.03.2012:
Zeitliche Beschränkung der Strassenprostitution im Gebiet Zähringerstrasse/
Häringstrasse sowie Anpassung des Nachtfahrverbots**

Von Marc Bourgeois (FDP) und Michael Schmid (FDP) ist am 28. März 2012 folgendes Postulat eingereicht worden:

Der Stadtrat wird gebeten zu prüfen, wie unmittelbar nach Inkraftsetzung der Prostitutionsgewerbeverordnung die folgenden Massnahmen getroffen werden können:

- Zeitliche Beschränkung der Strassenprostitution im Gebiet Zähringerstrasse/Häringstrasse auf die Zeit zwischen 22:00 Uhr und 02:00 Uhr (gestützt auf PGVO Art. 7).
- Anpassung des Nachtfahrverbots an der Zähringerstrasse auf die Zeitspanne zwischen 1 h vor bis 1 h nach den zugelassenen Betriebszeiten des Strassenstrichs.

Begründung:

Trotz aller seitens der Verwaltung und Privater getroffenen Massnahmen verharren die Zustände am Strassenstrich Zähringerstrasse/Häringstrasse in einem für Anwohner und Wirtschaft inakzeptablen Zustand. Insbesondere Hotellerie und Gastronomie, aber auch weitere Gewerbebetriebe erleiden massive Einbussen, verlieren nachweislich Grosskunden, und die Hotels werden selbst auf für die Hotellerie zentralen Internetplattformen mit Hinweis auf den „red-light-district“ schlechter bewertet.

Mit einer Eröffnung des Strichplatzes kann inzwischen kaum vor dem Frühjahr 2013 gerechnet werden.

Nach der Inkraftsetzung der PGVO verfügt der Stadtrat jedoch über ein erweitertes Instrumentarium, um diesen Missständen zu begegnen. Insbesondere kann eine zeitliche Einschränkung verfügt werden, was die Attraktivität des Strassenstrichs reduziert und die Immissionen auf ein akzeptables Zeitfenster beschränkt.

Bei reduzierten Betriebszeiten des Strassenstrichs wird ein durchgängiges Nachtfahrverbot, welches das Gewerbe letztlich auch wieder einschränkt, überflüssig. Es kann angelehnt an die reduzierten Betriebszeiten verkürzt werden.

Mitteilung an den Stadtrat

2526. 2012/136

**Postulat von Matthias Probst (Grüne) und Dr. Richard Wolff (AL) vom 28.03.2012:
Neugestaltung des Goldbrunnenplatzes für die Quartierbevölkerung**

Von Matthias Probst (Grüne) und Dr. Richard Wolff (AL) ist am 28. März 2012 folgendes Postulat eingereicht worden:

Der Stadtrat wird gebeten zu prüfen, wie der Goldbrunnenplatz mit einer Neugestaltung die von der Bevölkerung verlangten Verkehrs-, Begegnungs- und Ausgleichsfunktionen besser erfüllen kann.

Begründung:

Der Goldbrunnenplatz ist heute ein wichtiger zentraler Knotenpunkt für den Verkehr. Leider ist das seine zurzeit einzige Funktion. Es wäre allerdings wünschbar, dass ein so zentraler öffentlicher Platz auch noch weitere Funktionen erfüllen kann. Zum Beispiel als Begegnungszone für die Quartier-Reisenden.

Der Stadtrat wird daher eingeladen, unvoreingenommen über die zukünftige Gestaltung des Goldbrunnenplatzes nachzudenken und dem Parlament eine Gestaltungsvorlage zu präsentieren. Dabei soll er kritisch die Aufteilung des Raumes zwischen Verkehrsfunktionen (dazu gehören Tram und Busstrasse, die Velowege, Fussgängerbereiche, Strassen für den motorisierten Individualverkehr und deren Parkplätze), Begegnungs-Funktionen (Aufenthaltsgebiete, Imbiss und Sitzmöglichkeiten) und Ausgleichsfunktionen (Begrünungen und Kulturobjekte) prüfen.

In einem öffentlichen Verfahren soll sichergestellt werden, dass die Quartierbewohnenden ihre Ansprüche anbringen können und dass diese auch aufgenommen werden.

Mitteilung an den Stadtrat

Die Einzelinitiative, die vier Motionen und die drei Postulate werden auf die Tagliste einer der nächsten Sitzungen gesetzt.

2527. 2012/137

**Dringliche Schriftliche Anfrage von Dr. Urs Egger (FDP) und 37 Mitunterzeichnenden vom 28.03.2012:
Aufbauten zur Abgrenzung der Parkplatzmarkierungen an Strassenabschnitten in der Blauen Zone**

Von Dr. Urs Egger (FDP) und 37 Mitunterzeichnenden ist am 28. März 2012 folgende Dringliche Schriftliche Anfrage eingereicht worden:

Seit einiger Zeit fallen an verschiedenen Strassenabschnitten mit blauen Zonen Aufbauten zur Abgrenzung der Parkplatzmarkierung auf (z.B. Sonnenbergstrasse). Diese Aufpflästerungen mit Pfosten dienen wohl kaum der Verkehrssicherheit, da anzunehmen ist, dass Automobilisten die dort parkierten Autos erkennen und nicht in diese hineinfahren.

In diesem Zusammenhang bitten wir den Stadtrat um die Beantwortung der folgenden Fragen:

1. Gestützt auf welche Rechtsgrundlage wurden diese Aufpflästerungen mit Pfosten erstellt?
2. Was soll mit diesen Aufbauten bezweckt werden?
3. An welchen Strassen wurden bisher solche Aufpflästerungen angebracht
4. Ist es geplant, diese Aufpflästerungen flächendeckend in der Stadt Zürich einzusetzen?
5. Was kostet eine solche Aufpflästerung mit Pfosten?
6. Werden diese Kosten in die Berechnung der Parkplatznutzung neuerdings einbezogen?

Mitteilung an den Stadtrat

K e n n t n i s n a h m e n

2528. 2010/68

**Motion der SP-Fraktion vom 03.02.2010:
Änderung der Tarifordnung zur Kinderbetreuung, Angleichung der Tarife für Hortbetreuung an die Tarife für Tagesschulen**

Dr. Jean-Daniel Strub (SP) zieht namens der SP-Fraktion die Motion zurück.

Mitteilung an den Stadtrat

2529. 2010/130

**Interpellation von Patrick Blöchlinger (SD) und Ueli Brassler (SD) vom 17.03.2010:
Landwirtschaftlich nutzbares Land in städtischem Besitz**

Der Stadtrat beantwortet die Interpellation (STRB 938 vom 2. Juni 2010).

Die Interpellation wird abgeschrieben (Art. 97 Abs. 3 GeschO GR).

Mitteilung an den Stadtrat

- 2530. 2011/498**
Schriftliche Anfrage von Dr. Ueli Nagel (Grüne) und Jürg Ammann (Grüne) vom 16.12.2011:
Nutzung des Know How der Kaderleute im Pensionierungsalter

Der Stadtrat beantwortet die Schriftliche Anfrage (STRB 334 vom 14. März 2012).

- 2531. 2011/401**
Weisung vom 02.11.2011:
Finanzdepartement, Initiativ-Genossenschaft Lindenplatz Altstetten (IGLA), Gewährung eines Darlehens für die Investitionen in den Saalbetrieb

Die Frist für das fakultative Referendum gegen den Gemeinderatsbeschluss vom 1. Februar 2012 ist am 7. März 2012 ungenutzt abgelaufen.

Die amtliche Publikation erfolgt am 4. April 2012.

- 2532. 2011/462**
Weisung vom 07.12.2011:
Liegenschaftenverwaltung, Landabgabe im Baurecht für die studentische Wohnsiedlung «Aspholz Süd» an der Cäsar-Ritz-Strasse, und Ausrichtung eines unverzinslichen Darlehens

Die Frist für das fakultative Referendum gegen den Gemeinderatsbeschluss vom 1. Februar 2012 ist am 7. März 2012 ungenutzt abgelaufen.

Die amtliche Publikation erfolgt am 4. April 2012.

Nächste Sitzung: 4. April 2012, 17 Uhr.